Nr. 29 – 2023/3

EINDRUCK

das Magazin für Politik von Bündnis C

In dieser Ausgabe

Der neue Bundesvorstand

Kandidaten Europawahl

Unterschriften sammeln

Kurzstatements

Wirtschaft, Außenpolitik und Migration

bündnis C

Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de

EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 29 – 2023/3 – Inhalt

Editorial 4
Der neue Bundesvorstand 6
Bundesschiedsgericht 9
Unsere Kandidaten für die Europawahl 2024 10
Wir sammeln Unterstützerunterschriften für die Europawahl 2024 12
Vollversammlung der ECPM 2023 in Rambouillet 15
Sucht der Stadt Bestes 16
Bündnis C beim Kongress Christlicher Führungskräfte 20
KCF – Was heißt christlich führen? 21
Workshop Medienrhetorik und Kommunikation 24
Kurzstatements 26
Einladung außerordentlicher Bundesparteitag 30
Gebetsaufruf & Spendenaufruf 31
Aus den Landesverbänden 32
Europäische Wirtschaft, Außenpolitik und Migration 36
Atomausstieg, Gasheizungen und die Absage an den Materialismus 42
Sommerpause: Zeit zum Anker werfen und neu Navigieren 44
Israel: Zusammenleben fördern statt Teilung 46
Sonneberg hat gewählt 48
Formular zum Anfordern von Infomaterial 49
Schlusswort 50
Impressum . . . . . Rücks.

Es grüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Dr. Norbert Höhl,
Ute Büschkens-Schmidt (von li. nach re.)

Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 30.06. und 01.07.23 fand in Eisenach der diesjährige Bundesparteitag von Bündnis C statt im Haus Hainstein gegenüber der Wartburg. Es wurde das gesundheitspolitische Programm beschlossen und europapolitische Themen vorgestellt. Der Bundesvorstand und das Bundesschiedsgericht wurden neu gewählt. Eine Mitgliederversammlung am 26.08.2023 in Karlsruhe stellte unsere Bundesliste für die Europawahl 2024 auf.

Bei der **Neuwahl des Bundesvorstandes** wurde Karin Heepen als Bundesvorsitzende im Amt bestätigt. Als Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Hartmut Voß und Ute Büschkens-Schmidt gewählt sowie Mathias Scheuschner zum Bundesschatzmeister. Beisitzer wurden Verena Thümmel, Andrea Rehwald, Dr. Norbert Höhl und Annette König. Der neue Vorstand und das Bundesschiedsgericht stellen sich Ihnen in diesem Heft vor. Wir danken den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen für die vor uns liegende Amtszeit bis 2025!

Das **Gesundheitspolitische Programm** von Bündnis C stellte beim Delegiertenparteitag Mitautor Frank Brandenberg vor mit seinem Grundverständnis von Gesundheit, Krankheit, Heilung und Pflege, den medizinethischen Schwerpunkten und Finanzierungsgrundsätzen. Das Programm wurde mit großer Mehrheit von den Delegierten verabschiedet und soll nun mit einem Flyer zur Gesundheitspolitik Verbreitung finden.

Der zweite Sitzungstag stand im Zeichen der Europapolitik. Hauptredner Johannes de Jong von der Sallux ECPM Foundation sprach über die europäische **Wirtschafts- und Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Migration** und Fluchtursachen in den Herkunftsländern im Nahen Osten und Afrika. Er stellte ein integriertes Konzept vor, wie eine beziehungsorientierte Wirtschaftspolitik nicht nur zugunsten der Aktionäre wirkt, sondern alle Teilhaber am Wirtschaftsprozess und insbesondere Familien gerecht am Erfolg beteiligt. Neben menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen im In- und Ausland ist dazu eine Außenpolitik nötig, die nicht zugunsten nationaler Interessen korrupte und repressive Regime beschwichtigt. Stattdessen soll sie mit Akteuren und Unternehmen in diesen Ländern zusammenarbeiten, die sich für die Grundfreiheiten einsetzen, für die auch die EU aus ihrer christlichen Prägung steht. Nur dann können Fluchtursachen wie auch die dadurch verursachten Spannungen und Kosten in Europa längerfristig reduziert werden.

Die aktuelle Zunahme der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und die immer weniger haltbaren Zustände in den Mittelmeer-Anrainerstaaten bis weit nach Europa hinein unterstreichen, wie dringend wir Lösungen für Flucht und Migration brauchen, die über den Schutz der Grenzen hinausgehen. **Sie finden das Referat von Johannes de Jong in diesem Heft und die Einladung zu einem Webinar dazu.** Die Sallux ECPM Foundation lädt unsere Mitglieder und Interessenten zur Vertiefung der Themen ein in einem Online-Seminar am 21. September und 20. Oktober 2023.

Dr. Jacques Bazen, Mitglied des Vorstands der European Christian Political Movement (ECPM), erläuterte die **Pläne der Europäischen Zentralbank (EZB) für einen Digitalen Euro**. Der Digitale Euro soll Bargeld nicht ersetzen, sondern als gesetzliches Zahlungsmittel ergänzen. Er soll die bestehenden Nachteile und Kursschwankungen von digitalen Währungen wie Bitcoin vermeiden und dem Bürger mehr Sicherheit geben als private Unternehmen. Die EZB würde dazu in ihrer jetzigen Funktion als monetäre Aufsichtsbehörde gleichzeitig zu einer Geschäftsbank transformiert werden, um Dienstleistungen direkt für die Bürger zu erbringen. Bazen gab zu bedenken, dass die Einrichtung eines neuen digitalen Zahlungssystems nicht nur mit erheblichen Kosten verbunden und anfällig für Hacker ist. Sollte der Digitale Euro das dominante Zahlungsmittel in Europa werden, würde die EZB damit gleichzeitig zum größten Risikofaktor für Probleme im Finanzsystem.

Andrea Rehwald von Bündnis C gab im weiteren Verlauf einen Einblick in den **European Green Deal** und die marginalen Auswirkungen der Klimamaßnahmen der EU im globalen Maßstab. Zu den Plänen der EU mit der WHO für ein **internationales Gesundheitssystem und Pandemiemanagement** referierte Verena Thümmel. Die angesprochenen Themen und die Positionierung von Bündnis C dazu werden in den kommenden Monaten in das Europawahlprogramm von Bündnis C Eingang finden. Ein Vortrag von Christine Widiger, langjährige erste Beigeordnete in Blan-

kenhain (Thüringen), stellte außerdem **Strategien für die ebenfalls 2024 anstehenden Kommunalwahlen** zur Diskussion, die in den Verbänden fortgesetzt wird. Sie lesen ihr Referat in diesem Heft.

Für unsere gemeinsame Liste für alle Länder zur Europawahl 2024 hatten sich 32 Mitglieder beworben, dreizehn erhielten bei der **Aufstellung der Kandidaten** am 26.08. in Karlsruhe die Zustimmung der Mitglieder. Sie finden die Kandidaten auf den folgenden Seiten, die nun als Speerspitze von Bündnis C im Europawahlkampf an der Front stehen. Wir danken allen, die sich als Bewerber zur Wahl gestellt haben und bitten nun um Ihre volle Unterstützung für die gewählten Kandidaten. Um Bündnis C ins Europaparlament zu bringen, brauchen wir den Blick in dieselbe Richtung und ein gemeinsames Ziel.

Am Beginn unseres Wahlkampfes steht die **Sammlung der 4000 Unterstützerunterschriften** für unsere Bundesliste, die jetzt beginnt. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir mit Ihrer Hilfe die Unterschriften bis zum Ende dieses Jahres beisammenhaben. Das Formular dafür und die nötigen Informationen finden Sie in diesem Heft. Es steht außerdem auf unserer Homepage zum Herunterladen bereit, und Sie können es in beliebiger Anzahl bei unserer Bundesgeschäftsstelle in Papierform bestellen. **Bitte aktivieren Sie Ihre Familie, Freunde, Gemeinde, Netzwerke und befreundete Organisationen.** Je mehr Menschen wir bereits jetzt bei der Unterschriftensammlung erreichen, desto mehr können weiterverbreiten, dass Bündnis C – Christen für Deutschland bei der Europawahl antritt. Wir haben die Chance, mit etwa 0,6 % der Stimmen ins Europaparlament einzuziehen. Die wollen wir nutzen!

Was qualifiziert uns für Europa? 2019 waren wir die einzige christliche Partei in Deutschland auf dem Wahlzettel. **Die Stimme der Christen darf im Europaparlament nicht verstummen.** Wir kritisieren nicht nur die Zustände oder propagieren Gericht über die europäische Politik. Unser Alleinstellungsmerkmal sind politische Antworten auf biblischem Fundament. Daran arbeiten wir zusammen mit der European Christian Political Movement. Wir sind seit acht Jahren Mitglied der ECPM und eine angesehene Mitgliedspartei geworden. Wir wollen die ECPM mit Abgeordneten im Europaparlament verstärken, damit sie Fraktionsstärke erreicht.

Ist unser Einzug ins Parlament realistisch? Wir leben in Krisen und Umbruchzeiten, wo wir ein neues Handeln von Gott erwarten: dass unser Land und Europa nicht nur weiter dahingegeben werden in antichristliche Entwicklungen und Zerstörung, sondern dass Gott darin Neues hervorbringt mit denen, die sich Ihm zur Verfügung stellen an dem Platz, wo Er uns hinstellt. Dafür stellen wir uns zur Wahl. Dafür haben mir unsere Mitglieder als Spitzenkandidatin das Vertrauen ausgesprochen. Dafür werde ich mich mit Herz und Verstand einsetzen.

Wo wir als Christen Licht werden sollen, gibt es Gegenwind. In der Woche vor dem Marsch für das Leben wurde in Karlsruhe der Sitz unserer Bundesgeschäftsstelle von Linksextremisten mit einer Nachricht an Bündnis C besprüht. Bisher waren wir unter dem Wahrnehmungsradar der Öffentlichkeit und dieser Gruppen, das ändert sich gerade. Im Kreuzfeuer gilt es zusammenzustehen in Kraft, Liebe und Besonnenheit (2Tim 1,7).

Wir dienen nicht uns selbst, sondern den Menschen in unserem Land und in Europa. Wir wollen christlich-innovativ, überzeugend und in Liebe eine Politik vertreten, die dem Leben dient. Ich glaube, das ist der Blick Gottes auf Europa, der uns als Deutsche und als Kontinent seit dem 2. Weltkrieg so reich gesegnet hat. Lassen wir uns von Seiner Liebe ergreifen, aus der heraus Europa human, erfolgreich und frei wurde. Diese Liebe macht am Ende den entscheidenden Unterschied zu den ideologischen Programmen, und ob das, was wir tun, Frucht bringen wird. Man kann nur verbessern, was man liebt. Die Welt wartet darauf, dass die Kinder Gottes offenbar werden (Römer 8,19).

In diesem Sinne eröffne ich unseren Europawahlkampf. Machen Sie mit, machen Sie uns bekannt, helfen Sie uns bei den Unterstützerunterschriften und unsere Materialien im Land zu verbreiten, gewinnen Sie Mitstreiter. Wir haben unser Logo leicht verändert, wie Sie auf der Titelseite sehen, damit wir als „Christen für Deutschland“ sichtbarer in Erscheinung treten. Beten Sie, dass Bündnis C – Christen für Deutschland in die öffentliche Wahrnehmung gerückt wird. Die Menschen fragen, wen sie wählen können. Wir sind bereit.

Es grüßt Sie herzlich

Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Der neue Bundesvorstand

Karin Heepen

Bundesvorsitzende

Erfurt (Thüringen)

Verheiratet, zwei erwachsene Söhne

Diplomingenieurin, MA in Cross Cultural Leadership

Bündnis C ins Europaparlament und in kommunale Parlamente bringen und die nächste Generation in Verantwortung – das sind meine obersten Ziele für die kommenden zwei Jahre. Mein Schwerpunkt liegt in der Programmentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit, um mit Bündnis C christlich-innovative politische Lösungen anzubieten in den sich multiplizierenden Krisen. Als Vorsitzende obliegt mir die strategische Ausrichtung der Partei, die Koordination der Vorstandsarbeit und die Vertretung der Partei nach außen.

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Oberlungwitz (Sachsen)

Verheiratet, fünf Kinder

Orgelbauer, Praxisbegleiter

Was mich antreibt ist die Schläfrigkeit der Christen, die meinen, allein mit Gebet wäre es getan. Die nicht merken oder wahrhaben wollen, dass wir in einer Demokratie leben, die in Gefahr ist, die aktiv verteidigt werden muss. Als Voraussetzung für die Freiheiten, die wir als Christen in dieser Gesellschaft genießen dürfen.

Ute Büschkens-Schmidt

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Kuchelmiß (Mecklenburg-Vorpommern)

Verheiratet, zwei Söhne

Kauffrau

Der Staat übernimmt zunehmend Pflichten und damit aber auch Rechte der Bürger – insbesondere betrifft es die Erziehung der Kinder, Gesundheit und Wirtschaft. Vorschriften und Verordnungen überschwemmen die Bürger, so dass die Menschen vielfach verunsichert sind. Es ist unsere Aufgabe – und dafür möchte ich mich einsetzen – diesen Zustand anzumahnen und mit unseren Programmen (Familien-, Gesundheits-, Finanzpolitisches Programm) Wähler zu gewinnen, damit Bündnis C mit christlich inspirierten Vorschlägen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen kann.

Mathias Scheuschner

Bundeschatzmeister

Postbauer-Heng (Bayern)

Verheiratet mit Barbara seit 1986, vier Kinder, ein Enkel

Selbständiger Projektentwickler und Gutachter

„Menschenwürde“, welch ein großes Wort. Leider müssen wir gerade in den letzten Jahren zusehen, wie man immer wieder Bedingungen an diese Menschenwürde knüpft. Die bedingungslose Menschenwürde muss für alle Menschen gelten und natürlich auch für ungeborene Kinder. Menschenwürde beinhaltet aber auch ein Altern in Würde, unabhängig davon wie hoch der Pflegeaufwand ist. Der Mensch darf nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden. Soziale Gerechtigkeit liegen mir genauso am Herzen wie eine gesunde Wirtschaft und ein stabiles Finanzsystem. Als C-Politiker ist es unsere Pflicht, echte Antworten für den Umgang mit der Schöpfung (Umwelt) zu finden und nicht mehrheitsfähigen Ideologien hinterherzulaufen.

Verena Thümmel

Beisitzerin

Oberkotzau (Bayern)

Verheiratet, ein Kind

Kundenbetreuung/Vertrieb für einen Onlinewerbemittel Shop

Mir liegt persönlich die Öffentlichkeitsarbeit am Herzen, die Erhöhung unseres Bekanntheitsgrades auch durch die sozialen Medien, sowie unsere jungen Leute. Hier möchte ich gerne versuchen, die jungen Menschen, die auch schon Mitglied bei uns sind, zu fördern und zu gewinnen, Multiplikatoren zu werden.

Andrea Rehwald

Beisitzerin

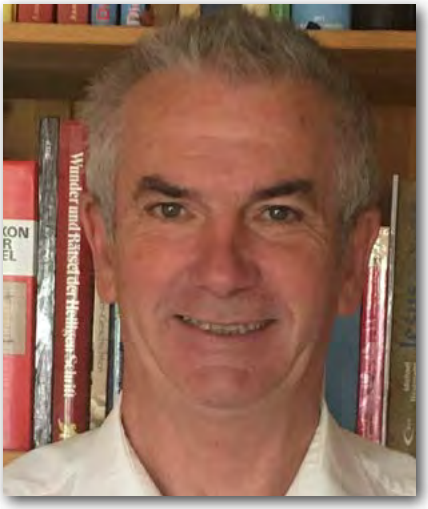
Merenberg (Hessen)

Verheiratet, sechs erwachsene Kinder

Bürokauffrau, Vertriebsmitarbeiterin

Wir bürden nachfolgenden Generationen so viel auf. Alles sollen sie retten. Wir überfrachten uns und unsere Bedeutung und verfehlen unsere Aufgabe, die wir haben. Gerade wir Christen müssen politisch aktiv sein. Wir müssen hörbar(er) werden und uns als Gesellschaft wieder richtig einordnen.

Dafür braucht es Bündnis C! Wir müssen bekannter werden, überall Landesverbände haben und uns vernetzen. Wir müssen Christen und Nichtchristen erreichen. Wir sind leider (noch) klein und im Land nicht sehr bekannt. Dabei möchte ich helfen.



Dr. Norbert Höhl

Beisitzer

Petersberg-Marbach (Hessen)

Verheiratet, fünf Kinder

Katholischer Theologe, Gymnasiallehrer

Mit Gottes Hilfe wurden wir bei den Kommunalwahlen 2021 in drei Parlamente gewählt: Kreistag Fulda, Stadt Fulda, Gemeinde Petersberg. Wir haben regelmäßig Gebets- und Ermutigungstreffen und Infostände auf der Straße. Denn nur durch mutige Außenwerbung machen wir die Menschen auf uns aufmerksam und steigern wir unsere Mitgliederzahlen. So setze ich meine Erfahrung als Generalsekretär 1993 – 1999 in der PBC gerne dafür ein, bundesweit möglichst viele Kreisverbände und in jedem Bundesland einen Landesverband zu gründen. Dadurch wird Bündnis C flächendeckend in ganz Deutschland sichtbar und erfolgreich.

Annette König

Beisitzerin

Hof (Bayern)

Verwitwet, zwei Kinder

Pflegefachkraft, Reittherapeutin, EU-Rente

Ich möchte Randgruppen in Deutschland dienen, weil ich alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und Witwe bin. Zusätzlich bekam ich mit 52 Jahren Erwerbsunfähigkeitsrente, weil ich mich mein Leben lang als Pflegefachkraft aufgearbeitet habe. Zum Glück habe ich meinen Glauben an Jesus gehabt, sonst hätte ich diese schwere Zeit nicht überstanden, denn als Rentner und gleichzeitig alleinerziehende Mutter ist das Leben nicht einfach. Deshalb möchte ich mit Gottes Hilfe politisch aktiv werden, um den Schwachen zu helfen.

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!

Bündnis C ist in den verschiedensten Sozialen Medien mit Inhalten vertreten. Diese lassen sich in der Regel auf den jeweiligen Plattformen über die Suchleiste und die Eingabe von Bündnis C finden. Hier die Übersicht der verschiedenen Kanäle mit dem dazugehörigen Direktlink zu Bündnis C:

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf Ihrem bevorzugten Medium folgen bzw. es abonnieren, sodass Sie immer informiert sind. Besonders helfen Sie uns, wenn Sie unsere Beiträge teilen, weiterverbreiten und einen Kommentar hinterlassen.

https://buendnis-c.de/

https://t.me/buendnisC

https://www.facebook.com/buendnisC

https://twitter.com/buendnisC

https://www.instagram.com/buendnisC

YouTube https://www.youtube.com/bündnisC

Bundesschiedsgericht

Hans-Georg Rieger

Rheinsberg (Brandenburg)

Verheiratet, eine Tochter, ein Enkelkind

2. Juristisches Staatsexamen, Rechtsanwalt

Ich bin seit 2007 im Kreistag Ostprignitz-Ruppin und seit 2003 im Stadtparlament Stadt Rheinsberg. Vorher habe ich als stellvertretender Schiedsmann in Rheinsberg fungiert. Vor ca. 30 Jahren war ich als Pressesprecher im CDL Baden-Württemberg tätig. Meine Hobbys – politisches Kabarett und Mittel- und Langstrecken-Rennen – sind für meine Mitarbeit als Bundesschiedsrichter sehr hilfreich, jedenfalls, wenn ich eine falsche oder missliebige Entscheidung getroffen habe.

Sonja Koschinsky

Hamburg

Ledig, eine Tochter

Industriekauffrau, Betriebswirtin

Mein großer Traum war immer, Jura zu studieren, um für Gerechtigkeit zu kämpfen, was ich aber nicht verwirklichen konnte. Seit meiner Kindheit spiele ich Akkordeon und habe in einigen Lobpreisteams mitgewirkt. Aktuell bin ich Mitglied im Chor in der Arche Hamburg. Ich möchte Bündnis C, die einzige christliche Partei in Deutschland, in ihrer Arbeit unterstützen und bei Bedarf im Bundesschiedsgericht wohlklingende und versöhnliche Töne anstimmen.

Birgit Graalfs

Weil am Rhein (Baden-Württ.)

Verheiratet, 4 Kinder, 3 Enkel

Kinderkrankenschwester

Durch meine Mitarbeit im Schiedsgericht von Bündnis C möchte ich meine Verbundenheit mit dieser für unser Land sehr wichtigen Partei ausdrücken und sie unterstützen, ihre Arbeit gut zu machen. Unser Land braucht mehr denn je christlich motivierte Politiker, Christen, die sich nicht von der Welt treiben lassen, sondern ihrem Gemeinwesen durch Gebet und aktives Handeln dienen.

Victoria Schneider

Nürnberg (Bayern)

Verheiratet, 2 Kinder, 3 Enkelkinder

Krankenschwester

Nachdem ich viele Jahre als Beisitzerin im Vorstand tätig war und aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste, möchte ich auf diesem Weg die Partei unterstützen.

Peter Oberkinkhaus

Berlin

Geschieden, 2 erwachsene Kinder, davon eins gestorben im Frühjahr 2023

Einzelhandelskaufmann, Krankenpflegehelfer, jetzt Rentner

Ich will als Nachfolger Jesu vermittelnd bei Streitigkeiten dazu beitragen, dass wir unsere Streitigkeiten nicht vor Gericht austragen, sondern, wie es Gottes Wille ist, unter uns selber schlichten.

Unsere Kandidaten für die Europawahl 2024

Listenplatz 1

Karin Heepen

Erfurt (Thüringen)

Verheiratet, zwei erwachsene Söhne

Diplom-Ingenieurin, MA in Cross Cultural Leadership

Europa braucht uns. Die Stimme der Christen darf im Europaparlament nicht verstummen. Unsere erste Mission ist, Frieden zu stiften, auch mit Russland. Beziehungsorientierte Politik heißt, Brücken zu bauen über ideologische Fronten hinweg, zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen Freunden und Feinden. Es gilt, die Natur des Menschen und der Schöpfung zu schützen, wo sie per Gesetz von der Gender- und Klimapolitik zerstört werden. Eine integre Wirtschafts- und Außenpolitik der EU muss Fluchtursachen im Nahen Osten und Afrika mindern. Ich möchte Europa als Völkerfamilie dienen.

Listenplatz 2

Jürgen Graalfs

Weil am Rhein (Baden-Württemberg)

Verheiratet, 4 erwachsene Kinder

IT-Vertrieb Gesundheitswesen

Ein wesentliches Ziel unseres und meines politischen Engagements in der EU wird darauf abzielen, das Grundprinzip der Subsidiarität und föderale Strukturen zu stärken, statt auf die Schaffung eines Bundesstaates hin zu arbeiten. Ich stehe für ein einiges Europa starker Nationalstaaten. Insbesondere in den geteilten Zuständigkeiten der EU mit ihren Mitgliedsstaaten sehe ich viel Korrekturbedarf.

Listenplatz 3

Andrea Rehwald

Merenberg (Hessen)

Verheiratet, 6 erwachsene Kinder

Bürokaufmann, Vertrieb, Kunden- und Projektbetreuung

Meine erste Motivation für die Kandidatur ist, die Sichtbarkeit von Bündnis C zu erhöhen. Wir müssen von mehr Wählern als echte, als einende Alternative wahrgenommen werden. Wir bieten Ehrlichkeit, ohne damit Eigennutz zu verbinden. Wir bieten Politik auf christlicher Basis. Europa ist wichtig. Es gibt viel zu tun in Europa und für Europa: gemeinsame Strafverfolgung, Zügelung der Macht von Großkonzernen, gemeinsame Verteidigung des Kontinents und der Außengrenzen. Gemeinsame Migrationsstrategien und vieles mehr. Gleichzeitig muss der nationale Zusammenhalt innerhalb der Mitgliedsländer und die Toleranz untereinander gefördert werden.

Listenplatz 4

Dr. Rainer Simon

Altensteig (Baden-Württemberg)

Verwitwet, zwei verheiratete Kinder, sechs Enkel

Allgemeinmediziner im Ruhestand

Gerne bringe ich mich für ein starkes Europa ein. Dabei sollten die Staaten Europas sich wieder auf ihre ursprüngliche religiöse und kulturelle Prägung besinnen. Das Christentum, die Demokratie und eine von den Regierungen unabhängige Justiz sind die drei wichtigen Grundpfeiler für ein zukunftsfähiges Europa. Dies gilt es zu erhalten und zu stärken. Es ist mir wichtig, dass die europäische Union sich als Staatenbund von unabhängigen Staaten versteht. Das bedeutet: Weniger Zentralismus, mehr Föderalismus!

Listenplatz 5

Dr. Norbert Höhl

Petersberg-Marbach (Hessen)

Verheiratet, 5 Kinder

Gymnasiallehrer

Ich stehe ein für Gottes Wort in Familie, Schule, Politik, Justiz und Medien, ob in Berlin, Brüssel, Straßburg oder sonst wo auf der Welt. Dazu gehört der Kampf gegen Abtreibung und die sexuelle Verwahrlosung unserer Gesellschaft, besonders die unserer Kinder.

„Wir stehen an der Seite Israels." Zudem führt echte Entwicklungshilfe aus dem reichen Europa meiner Ansicht nach zu selbständigen und unabhängigen Staaten statt zu einer weiteren Ausbeutung der ärmeren Länder durch internationale Großkonzerne.

Listenplatz 6

Ludwig Grünert

Linden bei Gießen (Hessen)

ledig, verlobt, kinderlos

Notfallsanitäter

„Europe shall be saved" – Europa soll errettet werden. Der Herr hat gute Gedanken über Europa. Mich danach auszustrecken, sie zu erkennen, und mit ihm an seinem Werk zu arbeiten, ist mein Wunsch. Meine Herzensanliegen für Europa liegen nahe an denen für Hessen (Landtagswahl Kurzprofil). Mit meiner Kandidatur für die Europawahl bekenne ich mich zu meinem Gott, der der Welt durch uns begegnen und sie segnen will – auch in der Politik. Lasst uns gemeinsam im Glauben und Gebet diesen Weg gehen.

Auf den weiteren Listenplätzen folgen:

7. **Stefan Jacobs (Niedersachsen)**
8. **Ute Büschkens-Schmidt (Mecklenburg-Vorpommern)**
9. **Klaus-Jürgen Pütz (Nordrhein-Westfalen)**
10. **Hermann Bohnenkamp (Niedersachsen)**
11. **René Raunest (Sachsen)**
12. **Dietrich Jantzen (Nordrhein-Westfalen)**
13. **Norman Kerner (Nordrhein-Westfalen)**

Wir danken allen Bewerbern für unsere gemeinsame Liste für alle Länder für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament am 9. Juni 2024.

Der gemeinsame Wahlkampf beginnt jetzt mit dem Sammeln der Unterstützerunterschriften für unsere Wahlzulassung. Packen wir es gemeinsam an und öffnen dabei für Bündnis C neue Türen, wo uns noch niemand kennt!

Ein Zeugnis von der Aufstellungsversammlung:

„Was mich diesmal wirklich beeindruckt hat, war die abschließende Segnung der Kandidaten. Ich habe die Versammlung online von zuhause aus verfolgt und empfand den Segen für mich so absolut persönlich, obwohl ich die einzelnen Gebete per Laptop kaum verstehen konnte. Dann sprach die gesamte Versammlung das Vaterunser zum Abschluss. Das war deutlich zu hören, und ich wusste, so muss es sein. Im Nachhinein überlegte ich, ob das in irgendeiner anderen Partei auch so geschieht?"

Ute Büschkens-Schmidt

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Wir sammeln Unterstützerunterschriften für die Europawahl 2024

Bündnis C – Christen für Deutschland braucht Ihre Unterstützung!

Liebe Mitglieder und Freunde, liebe Interessenten,

Die nächste Europawahl findet am 9. Juni 2024 statt. Bündnis C – Christen für Deutschland möchte bei dieser Wahl kandidieren, um die Interessen der Christen in Deutschland zu vertreten. Um bei dieser Europawahl auf dem Stimmzettel zu stehen und in ganz Deutschland wählbar zu sein, brauchen wir mindestens 4000 Unterstützerunterschriften.

Wer kann unterstützen

Sie können uns unterstützen, egal in welchem Bundesland sie wohnen. Entscheidend ist lediglich, dass sie zur Europawahl wahlberechtigt sind, d. h. im Frühjahr 2024 mindestens 16 Jahre alt sind.

Wie Sie unterschreiben können

Für die Unterstützerunterschriften gibt es das nebenstehende Formular, dieses können sie auf unserer Webseite unter https://buendnis-c.de/aktuelles/europawahl2024/ herunterladen. Bitte drucken Sie es beidseitig aus mit der zugehörigen Datenschutzerklärung auf der Rückseite.

Gerne schicken wir Ihnen auch ein oder mehrere gedruckte Formulare zu. Kontaktieren Sie dazu die Bundesgeschäftsstelle per Mail an info@buendnis-c.de oder Telefon unter 0721-495596.

Sie müssen lediglich Ihre Daten angeben und eigenhändig das Formular unterschreiben. Sie helfen uns sehr, wenn Sie das ausgefüllte Formular bei ihrem zuständigen Rathaus/Meldeamt abgeben, das Ihr Wahlrecht darauf bestätigen muss. Die Ämter können das bestätigte Formular direkt an uns zurücksenden. Sie können uns das Formular auch ohne Bestätigung der Behörde zuschicken, dann kümmern wir uns um die Bestätigung des Amtes.

Was Sie unterschreiben

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, dass Sie die Teilnahme von Bündnis C – Christen für Deutschland an der Europawahl 2024 unterstützen. Sie verpflichten sich nicht, die Partei zu wählen. Sie dürfen bei jeder Wahl nur eine Partei für deren Wahlzulassung mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Ihre Daten

Ihre Daten werden von uns nicht gespeichert. Sie werden nur zur Überprüfung Ihrer Wahlberechtigung verwendet und nach der Wahl vernichtet.

Was Sie gewinnen

Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie uns, die Interessen der Christen in Deutschland und Europa zu vertreten. Sie helfen uns, eine Stimme für die Menschen zu sein, die sich von den großen Parteien nicht vertreten fühlen. Sie helfen mit, dass wir als christliche Partei auf dem Wahlzettel stehen und den Menschen in ganz Deutschland ein alternatives Wahlangebot machen können.

Unterschreiben Sie jetzt und geben Sie die Formulare an Freunde und Interessierte weiter. Helfen Sie uns, bei der Europawahl 2024 anzutreten.

Vielen Dank!

Daniel Gräber

Bundesgeschäftsführer Bündnis C

Anlage 14
(zu § 32 Absatz 3)

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.

Ausgegeben

Wiesbaden, 22.09.2023
Ort, Datum

Der Bundeswahlleiter

Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag der
Bündnis C - Christen für Deutschland - Bündnis C
(Name der Partei und ihre Kurzbezeichnung/Name und Kennwort der sonstigen politischen Vereinigung)

für die Wahl der Abgeordneten zum 10. Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland für alle Länder.

(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

.....
(Familienname)

....
(Vornamen) (Geburtsdatum)

Anschrift (Hauptwohnung)[1)]

.....
(Straße, Hausnummer)

.....
(Postleitzahl, Wohnort)

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.[2)3)]

....
(Datum) (Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

(**Nicht** vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts[4)]

☐ Der/Die vorstehende Unterzeichner/in ist Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes.[5)]

☐ Der/Die vorstehende Unterzeichner/in ist Unionsbürger/in, der/die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält.[5)]

Er/Sie erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 6 des Europawahlgesetzes, ist nicht nach § 6a des Europawahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Land
..... wahlberechtigt.

.....
Ort, Datum

(Dienstsiegel) .....
Die Gemeindebehörde

1) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wahlberechtigten ist außerdem die letzte gemeldete Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnen oder anzugeben, dass sie noch nie für eine Wohnung in diesem Gebiet gemeldet waren.
2) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.
3) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden wahlberechtigten Deutschen ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch die Angaben entsprechend Anlage 2 und Abgabe einer Versicherung an Eides statt zu erbringen. Von Unionsbürgern ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch Abgabe einer Versicherung an Eides statt gemäß Anlage 14A zu erbringen.
4) Das Wahlrecht darf durch die Gemeindebehörde jeweils nur einmal bescheinigt werden; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.
5) Zutreffendes ankreuzen.

Datenschutzhinweise auf der Rückseite

Anlage 14
(zu § 32 Absatz 3)

Rückseite
des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift

Informationen zum Datenschutz

Für die mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, die Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge nach § 9 Absatz 5 Europawahlgesetz nachzuweisen.

   Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den §§ 9,11,13 und 14 Europawahlgesetz und den §§ 32, 33, 34 Europawahlordnung.

2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen.

   Ihre Unterstützungsunterschrift für den Wahlvorschlag der Partei oder der sonstigen politischen Vereinigung ist jedoch nur mit diesen Angaben gültig.

3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten ist die Unterstützungsunterschriften sammelnde Partei oder sonstige politische Vereinigung (Bündnis C - Christen für Deutschland, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe, info@buendnis-c.de)[1]

   Nach Einreichung der Unterstützungsunterschriften beim Bundeswahlleiter ist der Bundeswahlleiter (Postanschrift: Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden; E-Mail: post@bundeswahlleiter.de) für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich.

   Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Erstellung der Wahlrechtsbescheinigung ist die Gemeindebehörde, bei der Sie mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten ist der Bundeswahlausschuss (Postanschrift: c/o Bundeswahlleiter, siehe oben Nummer 3).

   Im Falle von Wahleinsprüchen können auch der Deutsche Bundestag, die sonstigen nach dem Wahlprüfungsgesetz am Verfahren Beteiligten sowie das Bundesverfassungsgericht, in anderen Fällen auch andere Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.

5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 83 Absatz 2 Europawahlordnung: Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten, wenn nicht der Bundeswahlleiter mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

6. Nach Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.

7. Nach Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.

8. Nach Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.

9. Nach Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.

10. Beschwerden können Sie an die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Postanschrift: Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstraße 30, 53117 Bonn; E-Mail: poststelle@bdfi.bund.de) oder an den zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten und gegebenenfalls an den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (siehe oben Nummer 3) richten.

11. Sie können diese Informationen auch auf der Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de ansehen.

---

1) Name und Kontaktdaten sind von der Partei oder der sonstigen politischen Vereinigung einzutragen.

Vollversammlung der ECPM 2023

Auf dem Weg zur Europawahl

Am 16. Juni 2023 versammelten sich Repräsentanten von 18 Mitgliedsparteien der European Christian Political Movement (ECPM) in Rambouillet zur diesjährigen Vollversammlung. Neben der Wahl neuer Vorstandsmitglieder und der Aufnahme neuer Parteien wurde die Diskussion des neuen Programms für die Europawahl 2024 eröffnet.

Für den Bundesvorstand von Bündnis C nahmen Karin Heepen und Hermann Bohnenkamp an der Jahresversammlung teil. In unmittelbarer Nachbarschaft des Schlosses von Rambouillet bei Paris konnte die ECPM zahlreiche neue und alte Mitglieder begrüßen, sowie Partner und Gäste. Nach der Eröffnung durch ECPM-Präsident Valeriu Ghileţchi gaben der Beirat, der Direktor der Sallux ECPM Foundation und der Vorstand der Jugendorganisation ECPYouth ihre Berichte, wie sie die Arbeit der ECPM als einer der 10 europäischen Parteien unterstützen.

In den Vorstand der ECPM wurden der Gastgeber der diesjährigen Versammlung Jean-Frédéric Poisson, Präsident der französischen Mitgliedspartei VIA, und der Europaabgeordnete Cristian Terheş, Vorsitzender der Partei PNTCD, aus Rumänien neu gewählt. Als neue Mitgliedsparteien wurden Valores (Spanien), Sovereign Power (Lettland) und die Abba Party (Malta) willkommen geheißen. Als Kandidaten für eine mögliche Mitgliedschaft in der ECPM stellten sich die Christian Values Party (Schweden) und Jobbik Conservatives (Ungarn) vor.

Die Teilnehmer erhielten das Jahrbuch 2022 mit einem Rückblick auf die Aktivitäten der ECPM im letzten Jahr sowie die Identitätserklärung der ECPM als einendes Dokument für unsere christlich fundierte Ausrichtung und die Werte, die die Mitgliedsparteien verbinden. In einem Programmentwurf für die Europawahl 2024 wurden die sieben politischen Schwerpunkte der ECPM vorgestellt:

- Wahrung der Menschenwürde als Grundstein aller Menschenrechte
- Beziehungsorientierte Wirtschaft
- Gesunde Familien für eine gesunde Gesellschaft
- Außenpolitik für Freiheit, Sicherheit & Stabilität
- Kampf gegen moderne Sklaverei
- Reform der Europäischen Union
- Bewahrung der christlichen Kultur und des christlichen Erbes.

Davon ausgehend wurden die weiteren Schritte in Richtung der kommenden Europawahl diskutiert und neue Themen gesammelt, die im Wahlprogramm ergänzt werden sollen.

Der Generalsekretär der ECPM Maarten van de Fliert rief die Mitgliedsparteien dazu auf, an der Europawahl 2024 teilzunehmen, und sicherte die Hilfe der ECPM zu. Er lud im Namen des Vorstandes für den Herbst zu einem Programmgipfel ein, der an Themen für das neue Europawahlprogramm der ECPM arbeiten wird.

Die Versammlung fand in einer freundlichen und humorvollen Atmosphäre statt. Neue Teilnehmer wurden herzlich begrüßt und es entstanden persönliche Kontakte. Dazu dienten neben dem Empfang am Vorabend die Pausen und Mahlzeiten, um miteinander ins Gespräch zu kommen und die Kollegen aus den europäischen Schwesterparteien kennenzulernen. Das Netzwerk der Mitglieder untereinander untermauert die Vision der ECPM, auf der Beziehungs- und Sachebene die christlichen Werte in Europa zu stärken.

Die Vollversammlung wurde mit einer Führung durch Schloss Rambouillet beschlossen, wo französische Könige und Präsidenten traditionell Staatsgäste empfangen und Verhandlungen führen – ein politisch und kulturell wichtiger Ort für Frankreich und ein würdiges Ambiente für die ECPM-Versammlung, für das wir als Teilnehmer unseren französischen Gastgebern herzlich danken.

Karin Heepen, Hermann Bohnenkamp

Sucht der Stadt Bestes

Impulse zu den Kommunalwahlen 2024 für den Bundesparteitag von Bündnis C am 01.07.2023 in Eisenach

Verehrte, liebe Mitstreiter,

herzlich bedanke ich mich für die Möglichkeit, euch von meinen Erfahrungen in 30 Jahren Kommunalpolitik berichten zu dürfen.

Kurz zu meiner Person:

Ich bin Christine Widiger, 68 Jahre alt und seit zwei Jahren im Ruhestand. Auch politisch – leider. Mein Mann war Pfarrer in Blankenhain bei Weimar. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand mussten wir 2021 nach Dienstende das Pfarrhaus räumen und sind in die Stadt meiner Kindheit nach Bautzen gezogen. Damit war auch mein jahrelanger politischer Auftrag im Stadtrat als 1. Beigeordnete und mein Dienst im Kreistag vorbei.

Ich stamme aus einer Lehrer- und Unternehmerfamilie, von Hause aus christlich und beides war in der DDR nicht gern gesehen. Da aber der Kunsthandwerkliche Orgelbau Eule in Bautzen Devisen brachte, wurden wir als Familie und die Firma geduldet. Bis zum Jahr 1972. Da wurde meine Mutter – mein Vater war sehr jung gestorben – enteignet. Ich war 16, bekam keinen Ausbildungsplatz und schon gar keine Möglichkeit, das Abitur zu erwerben. Der Weg in den Orgelbau war auch versperrt.

Natürlich, Orgelbauerkinder lernen Orgelspielen und so rettete ich mich auf die Kirchenmusikschule in Dresden, wo ich mich immerhin bis zur B-Prüfung hocharbeiten konnte.

Kantor wollte ich nicht werden, ich bin gar nicht so musikalisch. Also bewarb ich mich mit meiner, als Fachschulausbildung immerhin anerkannten, kirchenmusikalischen B-Prüfung in der Bautzener Bibliothek. Die politischen Verhältnisse hatten sich während meiner vier Ausbildungsjahre für mich entschärft. Meine Mutter war nun sozialistischer Leiter des VEB Orgelbau Bautzen und ich hieß durch Heirat nicht mehr Eule. Ich durfte mich also als normale DDR-Bürgerin fühlen, bekam folgerichtig sofort eine Anstellung in Bautzen und eine berufsbegleitende Ausbildung zur Bibliothekarin für wissenschaftliche Allgemeinbibliotheken an der DB Leipzig. Später wurde mir die Leitung der Bautzener Musikbibliothek anvertraut.

Das hört sich anstrengend an. War es auch. Aber das Verrückte kam 1990. Da wurden beide Ausbildungen als Hochschulausbildungen anerkannt. Ich habe Hochschulausbildungen, obwohl ich kein Abitur machen durfte! Ich bin Gott so dankbar! Und meine Mutter konnte 1990 den Betrieb zurückkaufen, den meine Tochter jetzt leitet.

Um meine erste Ehe zu retten, zog ich nach 1979 nach Kranichfeld, weil mein erster Mann damals in Weimar studierte. In Kranichfeld bei Weimar hatte ich eine Wohnung gefunden, zu damaliger Zeit ein Hauptgewinn für junge Familien. Allerdings, es war eine Dienstwohnung der Kirchgemeinde. Das Kantorenhäuschen war bezugsfertig, Platz genug für eine kleine Familie, aber natürlich musste ich nun als Kantorin arbeiten und Katechetik, die Christenlehre für Kinder, gehörte auch zu meinem Arbeitsfeld. Die Ausbildung zur Gemeindepädagogin musste berufsbegleitend geschehen, aber das kannte ich ja schon.

Meine erste Ehe zerbrach trotzdem. Meine Tochter und ich blieben zwei Jahre allein. Beide richteten wir uns wir uns in der neuen Heimat ein. Die Kantorei war gar nicht so schlimm, wie ich befürchtete. Dann lernten wir einen jungen Theologiestudenten kennen und lieben. Meine Tochter war einverstanden mit dem neuen Vater und so heirateten wir an ihrem 7. Geburtstag. Sie bekam dann später noch drei Geschwister, was sie sehr freute.

Unsere erste gemeinsame Stelle war Blankenhain. 1986 zogen wir ins Pfarrhaus, und wir blieben 35 Jahre in diesem schön gelegenen, kleinen Städtchen mit seinen 21 Ortsteilen und 6000 liebenswerten Menschen.

Politische Arbeit? Völlig unvorstellbar bis 1989.

Die Wende spielte sich, wie an den meisten Orten, auch in Blankenhain in der Kirchgemeinde, in Kirche und Pfarrhaus ab. Mein Mann leitete den runden Tisch und viele Menschen guten Willens versammelten sich, um der Stadt Bestes zu suchen. Sehr unterschiedliche Menschen. Lehrer, Ärzte, die das Land nicht verlassen hatten, Landwirte, Mitläufer, Krankenschwestern, Christen und Nichtchristen, sehr viele, sehr unterschiedliche Menschen mit einem gemeinsamen Ziel: einen Neuanfang.

Bald bildeten sich Parteien und das war gut so. Eine politische Gemeinschaft braucht Strukturen. Und eine Demokratie braucht unterschiedliche Möglichkeiten. Die Wahlen standen an. Mein Mann sagte zu mir: „Ich bin der Pfarrer, ich kann nicht mehr politisch arbeiten. Ich muss und will für jeden Menschen hier ansprechbar bleiben. Geh du also, und lass dich zur Wahl aufstellen“. Bisschen erschrocken, aber durchaus neugierig prüfte ich die verschiedenen Parteiprogramme, fühlte mich aber schnell, auch durch Kontakte mit vertrauenswürdigen Menschen, der CDU nahe. Das Programm und das christliche Menschenbild waren für mich nachvollziehbar und in Ordnung. Dennoch wurde ich noch kein Parteimitglied. Das war gar nicht nötig.

Meine erste Legislatur im Kreistag Weimar Land war so unglaublich neu, spontan und chaotisch, dass sich mir die Erinnerungen überschlagen. Endlose Sitzungen, Lehrerüberprüfungen, Protokolle schreiben, Schulen neu ordnen. Haushaltpläne lesen? Völlig fremd. Was sind das eigentlich für Zahlen, was sind das für Aufschlüsselungen? Verwaltungshaushalt? Vermögenshaushalt? Ich war überfordert. So ging es allerdings vielen meiner einsatzbereiten Mitstreiter, darum waren die ersten Haushalte sehr schwierig, wir haben Schulden gemacht …

Ich kämpfte im Sozial- und Bildungsausschuss für die Möglichkeit, die Schulen und die Altenheime auf vertretbares Niveau zu bringen, mit Hilfe der christlichen Träger. Es gab sie ja jetzt. Katholisch oder evangelisch, sie hatten alle gutes Potenzial. Ich hatte die Hoffnung, damit auch die christliche Botschaft glaubhaft unter die Menschen zu bringen. Zum Beispiel warb ich eindringlich für die Übernahme von Pflegeheimen und Kinderheimen durch die Diakonie. Das ist auch oft gelungen, und in den Institutionen wird bis heute gut gearbeitet. Es war eine Freude zu erleben und fast unglaublich, wie schnell sich die Pflege verändert und ja, auch verbessert hat. Aber – christlicher sind unser Landkreis und unsere Stadt dadurch nicht geworden. Gott findet andere Wege in die Herzen der Menschen.

In der nächsten Wahlperiode ließ ich mich für die Kommune aufstellen. Von da an war ich bis 2021 im Stadtrat der Einheitsgemeinde Blankenhain, die sich aus einer Kleinstadt und 21 Dörfern zusammensetzt. Ich arbeitete im Gesundheits- und Sozialausschuss, wehrte mich leider häufig erfolglos gegen die Schließung von Kindergärten und Schulen. Viel Zeit, viel Arbeit und viel Kritik waren zu verkraften.

Um den Haushalt machte ich mir keine Sorgen.

Da vertraute ich dem Finanzausschuss, der Kämmerin und dem Bürgermeister. Ein fataler Fehler. Gesundes Misstrauen und sorgfältiges Nachrechnen sind in der Kommunalpolitik unausweichlich. Und viel fragen und Antworten prüfen. Da musste ich viel dazulernen.

Unsere Stadt befand sich am Ende der Legislatur im Jahr 2000 an der Spitze Deutschlands in der Pro- Kopf-Verschuldung. So schafften wir es sogar auf das Titelblatt der Bildzeitung. Und mir wurde die Vertretung des abgesetzten Bürgermeisters anvertraut. Natürlich nicht allein. Ein „Beauftragter“, ein emeritierter Bürgermeister aus Hessen, wurde uns von der Kommunalaufsicht zur Seite gestellt. Durch ihn erfuhren wir, wie es zu dieser hohen Schuldenentwicklung kommen konnte. Er setzte schmerzhafte Grenzen für Geldausgaben, dabei war er ein guter, geduldiger Lehrer. Konkrete Kommunalpolitik kann und muss man lernen, auch dann, wenn man „nur“ einfacher Stadtrat ist.

Durch meinen Dienst als Pfarrfrau, Mutter von vier Kindern, Kantor-Katechetin, berufsbegleitend ausgebildete Religionslehrerin und bald auch berufsbegleitend ausgebildete Seelsorgerin war ich sehr nah an den Menschen unserer Stadt. Ich hörte viele Meinungen, manche machten Angst. Damals schon, vor 30 Jahren. Ein Beispiel:

1995 bekamen wir in Blankenhain durch den Einsatz ehrenamtlicher Helfer die erste Tafel in Thüringen. Da wurde viel um das Für und Wider gestritten und heftig kritisiert. Große, richtige Vorträge und schöne Sonntagsreden halfen nicht, Menschen zu bitten, ihre Überzeugung zu überdenken. Der Hass brach sich Bahn.

Blankenhain

Einzelgespräche aber brachten oftmals Menschen dazu, zu verstehen, dass man sich um die kümmern muss, die es nicht schaffen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Nahe an den Menschen bleiben, deren Überzeugungen mich ärgern oder die mir sogar Angst machen, war mir durch meinen Beruf vertraut. Innerhalb der Kirchgemeinde fühlte ich mich sicher. Aber außerhalb der Kirchgemeinde, im Rathaus oder in den Schulen zitterten mir manchmal die Knie bei solchen Begegnungen …

Keine Frage, die Starken müssen in einer Gesellschaft wie der unseren für die Schwachen eintreten. Wer sind eigentlich die sogenannten Starken? Und wo kommt das Geld her, das wir vormals so großzügig und nun allerdings – Gott sei Dank – stark begrenzt ausgaben? Richtig, von den Steuereinnahmen. Braucht man nur in den Haushalt schauen, den kennt man ja jetzt besser. Und fast alle Steuern müssen verdient werden von Menschen, die arbeiten, von uns und unseren Wählern. Von kleinen Handwerksbetrieben, Apotheken, verschiedenen Läden, physiotherapeutischen Praxen, Supermarktketten und so weiter …

Und von Unternehmen.

Die werden auch von Menschen geführt. Blankenhain hat eine gute Lage mit schneller Autobahnanbindung und es gehört zum Speckgürtel rund um Erfurt und Jena. Unser Gewerbegebiet war bald gut belegt und die Arbeitslosigkeit war nach wenigen Jahren kein Thema mehr im Ort. Die Unternehmer allerdings, also die Menschen, die die Firmen aufbauten und Verantwortung übernahmen, wurden misstrauisch aufgenommen. Ja, die meisten kamen aus dem Westen. Neid und daraus folgende Ablehnung und Ausgrenzung waren ein großes Thema. Aber diese Menschen hatten vor, in Blankenhain zu arbeiten, zu leben und für den Ort etwas zu tun. Der Satz eines recht erfolgreichen Firmeninhabers hat mich sehr bewegt: „Die Unternehmen wollt ihr, die Unternehmer wollt ihr nicht.“ Es geht auch in diesem Bereich um Beziehung, immer geht es um Menschen, die gesehen werden wollen und das auch verdienen, unabhängig vom Verdienst. Wie jeder andere auch.

Parteien sind wichtig für die Ordnung, für die Wahlmöglichkeit, für die Demokratie. Aber: Wichtiger ist in der Kommunalpolitik das Werben um gute Beziehung zu den Menschen im Ort, damit Gemeinschaft wachsen kann in der Kommune. Begegnungen und Gespräche suchen, dort wo sich unterschiedliche Menschen aufhalten und zu finden sind: auf Festen, bei Veranstaltungen, in Gottesdiensten. Ehrlich fragen, wie es geht, was sie stört, ob sie Unterstützung brauchen, wo man helfen kann.

Auch die Unternehmer, und ganz besonders dann, wenn sie scheinbar selbstbewusst und problemlos daherkommen. Über unglaubliches Arbeitspensum, Fördermittelprobleme, Mitarbeitermangel und schlaflose

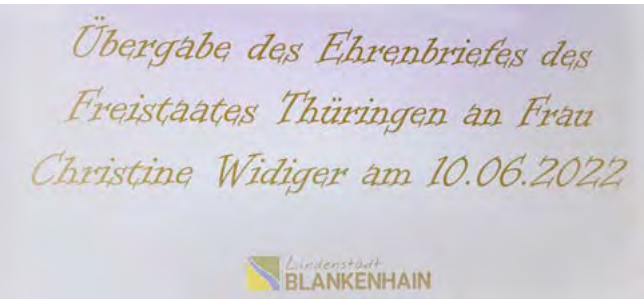
Nächte reden sie aber dann doch, wenn sie ehrliches Interesse spüren. Danach kann man mit ihnen sehr gut über Stadtentwicklung sprechen. Sie entwickeln sogar Konzepte und bezahlen die auch noch! Denn, weil sie Unternehmer sind, unternehmen sie etwas. Die Ergebnisse sind in Blankenhain und an anderen Orten deutlich zu sehen.

Nach Parteizugehörigkeit fragt zwischen den Wahlen niemand.

Parteien spielen im kommunalen Bereich eine untergeordnete Rolle. Dennoch, Parteien sind wichtig für die Struktur in der Demokratie. Ich bin dann später doch Mitglied der CDU geworden, obwohl ich manche Entwicklung nicht unterstützen konnte. Aber häufig wusste ich es auch nicht besser. Es war eher ein Bekenntnis, mein Beitritt zur CDU. Ein Bekenntnis zu Menschen, die nach der Wende große Verantwortung übernahmen. Nun, wo der Aufschwung auch seinen Preis kostete, wollten viele Leute enttäuscht „zu den Fleischtöpfen Ägyptens“ zurück und beschimpften die Politiker sehr übel. Vor wenigen Jahren hatten viele der jetzt Unzufriedenen noch lautstark die D-Mark verlangt. Für mich ein Grund, zu den Politikern zu stehen und ein Zeichen zu setzen. Bereut habe ich das nie.

So verstehe ich meinen Beitritt zu Bündnis C auch als Bekenntnis. Als Bekenntnis zu einer Politik, die mir so gefällt. Das Programm, welches ich vorfinde, begeistert mich. Den EINDRUCK lese ich immer mit Gewinn. Genau diese Anstöße braucht die Politik. Ihr wagt etwas, ihr folgt dem Zeitgeist nicht. Eure Veröffentlichungen bringen eine neue Sicht auf die Welt und eine Idee für die Welt. Den kritischen Anmerkungen und Reflexionen folgen meistens Vorschläge. Ihr habt einen weiten Horizont. Ihr bittet Gott um Rat. Unglaublich wichtig in der Politik, weil ER den Weg weiß.

Aber ihr fehlt in den Parlamenten. Das beschäftigt mich sehr. Denn ihr fehlt wirklich. Wir haben in Deutschland große Parteien. Drei regieren uns gerade, drei sind Opposition. Ich wünschte, die eine gäbe es nicht. Aber sie wächst nicht nur in Ostdeutschland, leider. Dann gibt es die kleinen ungenannten in der letzten Rubrik: andere Parteien. Da zählen wir dazu. Schon lange. Und das ist nicht gut. Denn ihr fehlt in den Parlamenten. An eurem Programm liegt es nicht. Warum ich lebendige Christen nicht überzeugen konnte, euch zu wählen, verstehe ich nicht. Ich hoffe jetzt sehr, dass wir es ins Europaparlament schaffen.



Ob ich euch einladen darf, einen Vorschlag von mir zu überdenken und zu diskutieren?

Ihr Lieben, die ihr bereit seid, Verantwortung in der Politik zu übernehmen, geht in eure Orte und sucht Parteien oder Gruppierungen, deren Mitglieder der Stadt Bestes wollen, und schließt euch ihnen an. Lasst euch von ihnen aufstellen bei der nächsten Kommunalwahl. Bringt eure Überzeugungen und Vorstellungen mit. Ihr seid Habende! Ich habe immer nach verantwortungsbewussten Leuten Ausschau gehalten, in sechs Legislaturen, und habe sie gebeten, bei uns in der CDU-Fraktion mitzuarbeiten. Und auch im Wahlkampf dabei zu sein. Parteimitgliedschaft oder nicht. Größtenteils nicht. Und wir bekamen immer (!) die meisten Stimmen.

Versucht, über Andere mit vorhersehbar guten Stimmzahlen in die Parlamente zu kommen. Kommunalwahl ist Personenwahl, Parteien werden da weniger ernst genommen.

Ihr werdet in den Parlamenten gebraucht! Ihr, als Personen. Die Partei sollte kein Hinderungsgrund sein. Versucht es bitte, in die Parlamente zu kommen mit eurem guten Programm im Rücken und im Herzen.

Von Herzen Gottes Segen,

Christine Widiger

Landesverband Sachsen

Bündnis C beim Kongress Christlicher Führungskräfte

27.-29. April 2023 Estrel Center Berlin

Zusammen mit der Sallux ECPM Foundation hatten wir einen großen Stand von ca. 35 m² beim Kongress christlicher Führungskräfte in Berlin. Unser Stand war an einer Ecke des Saals, direkt neben dem Ausgang der Vortragsräume. So konnten wir viele Besucher anlocken, die neugierig auf unsere Arbeit waren.

Zudem hatten unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Gangs eine professionelle Kaffeemaschine. Das war ein echter Glücksfall, denn viele Leute blieben stehen, um eine Tasse zu trinken und sich danach mit uns zu unterhalten. Wir hatten Stehtische mit kleinen Schokoladen und Sitzgelegenheiten für diejenigen, die sich ausruhen wollten. Die Gespräche waren sehr angenehm und interessant. Ich merkte, dass die Leute viel offener für eine christliche Partei waren als beim letzten KCF 2019. Damals waren viele skeptisch und fragten sich, ob es überhaupt eine christliche Partei braucht. Diesmal waren sie froh und dankbar, dass es Christen gibt, die sich in der Politik einsetzen, und dass es eine christliche Partei gibt.

Viele Besucher kannten Bündnis C auch noch nicht und waren überrascht, dass es uns in Deutschland gibt. Sie wollten mehr über unsere Ziele und Programme erfahren und nahmen unsere Flyer und Broschüren mit. Ich hatte das Gefühl, dass wir viele Menschen erreicht haben, viele Kontakte knüpfen konnten und die Sichtbarkeit und die Wahrnehmung von Bündnis C als christliche Partei in Deutschland durch unsere Präsenz und Gespräche beim Kongress erhöhen könnten.

Daniel Gräber
Bundesgeschäftsführer

Ich hatte mehrere Gespräche mit Personen, die entweder CDU-nah oder sogar für die CDU in lokalen Gremien saßen. Und es war ihnen aus meiner Sicht anzumerken, wie sehr und zunehmend sie diejenigen Entscheidungen schmerzen, die sie im Namen der CDU mittragen müssen. Entlastend war auch die Information, dass wir für sie und die anderen Geschwister beten, dass ihr Einfluss zunehmen mögen und es Ihnen gelingt Schlimmeres zu verhindern in Ihren Parteien. Aber spürbar war doch, dass ihnen das nicht mehr

reicht, sondern eine Sehnsucht allmählich greift, das politisch umzusetzen, was ihnen das Evangelium sagt. Aufgrund des Schmerzes verblasste auch die Vermutung, dass unsere Stimmen verschenkt seien. Das Gespräch entwickelte sich auf Augenhöhe. Dank sei GOTT – möge er unsere Geschwister nach wie vor in den anderen Parteien beschützen, segnen und stärken.

Frank Brandenberg
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Der Kongress und mein Einsatz am Stand für Bündnis C waren für mich ein Highlight. Es war wohltuend, zusammen den Stand durchzuführen. Es gab viele Gespräche. Vielen war Bündnis C unbekannt. Fast alle befürworteten unsere Arbeit, einige hatten echtes Interesse. Sie wünschten uns allen in der Zukunft guten Erfolg.

Ein Teilnehmer wurde Mitglied bei uns. Er hat seinen Mitgliedsantrag direkt am Stand ausgefüllt. Durch unsere Präsenz beim KCF konnten wir Bündnis C unter vielen Teilnehmern bekannt machen. Schon deshalb hat sich unsere Präsenz als Aussteller in Berlin gelohnt.

Rainer Simon
Stellv. Landesvorsitzender Baden-Württemberg

KCF – Was heißt christlich führen?

KCF
WERTE ORIENTIERT FÜHREN

Vom 27.-29. April 2023 fand der Kongress Christlicher Führungskräfte in Berlin statt unter der Überschrift „Führung braucht Werte“. Hochkarätige christliche Führungskräfte gaben Impulse zu den aktuellen Zukunftsfragen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Offen blieb häufig die biblische Grundlage der angebotenen Perspektiven und die Werte, die die Referenten leiten. Im Folgenden eine kritische Reflexion zu den Zukunftsfragen Klima, Finanzpolitik und Migration.

Es sei vorangestellt, dass ich keinen umfassenden Überblick über die angebotenen Themen und Referenten habe, sondern als Aussteller nur die angesprochenen Programmteile gehört habe. Diese erwiesen sich jedoch vor einem biblischen Hintergrund als spannungsreich, weshalb ich diese Fragen und Gedanken dazu an den Trägerkreis des KCF verfasst habe, ohne Anspruch auf vollständige Wiedergabe der Beiträge.

Klimapolitik

Prof. Dr. rer. pol. Ottmar Edenhofer, Direktor und Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, referierte eindrücklich über die erwarteten Umweltszenarien bei 1,5 bzw. 4 Grad Klimaerwärmung. Eine entscheidende Aussage war, dass mindestens 90% der noch verfügbaren fossilen Rohstoffe Gas, Öl und Kohle im Boden verbleiben müssen, um deren CO2-Emissionen in die Atmosphäre zu stoppen. Da dies bis zu einem Kipppunkt der Erderwärmung über 1,5 Grad nicht mehr gelingen wird, müssen danach Strategien und Technologien gefunden werden, um das zu viele CO2 aus der Atmosphäre wieder zu binden und einzulagern, um langfristig die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu stabilisieren. Dies sei nur mit einem globalen CO2-Management (Global Governance) möglich. Prof. Edenhofer stellte selbst die Frage, ob das nicht menschliche Hybris sei, rechtfertigte jedoch eine globale Administration darüber unter anderem mit einem Zitat von Papst Franziskus aus Laudato Si: *„Das Prinzip der Unterordnung des Privatbesitzes unter die allgemeine Bestimmung der Güter und daher das allgemeine Anrecht auf seinen Gebrauch ist eine ‚goldene Regel‘ des sozialen Verhaltens und das ‚Grundprinzip der ganzen sozialethischen Ordnung‘.“* [1] Eine biblische Reflexion fand nicht statt.

Die dargestellte Perspektive der Erderwärmung und wie sie zu verhindern sei, erscheint aus wissenschaftlicher und biblischer Perspektive in mehrfacher Hinsicht fragwürdig:

- Wissenschaftliche, empirische Forschung erfolgt im Hier und Jetzt. Prognosen können daraus abgeleitet werden, sind aber keineswegs als sicher anzunehmen. Auch wenn die Gesetzmäßigkeiten eines Systems bekannt sind, kann dessen Verhalten nicht vorhergesagt werden. Aus Prognosen abgeleitete Handlungsempfehlungen dürfen deshalb nicht absolut gesetzt werden. Um mit Papst Benedikt XVI. zu antworten: *„Wir haben im abgelaufenen Jahrhundert die Revolutionen erlebt, deren gemeinsames Programm es war, nicht mehr auf Gott zu warten, sondern die Sache der Verfassung der Welt ganz selbst in die Hände zu nehmen. Und wir haben gesehen, daß damit immer ein menschlicher, ein parteilicher Standpunkt zum absoluten Maßstab genommen wurde. Das Absolutsetzen dessen, was nicht absolut, sondern relativ ist, heißt Totalitarismus.“* [2]

  Die Prognosen und Handlungsempfehlungen des Potsdam-Instituts an die Bundesregierung, die EU und die Weltbank stützen eine totalitäre Klimapolitik, wie sie die jetzige Bundesregierung und die EU-Kommission praktizieren.

- Das Prinzip der universalen Bestimmung der geschaffenen Güter ist unwidersprochen ein Grundprinzip der katholischen Soziallehre. Seit Rerum Novarum (1891) ist gleichzeitig klar, dass es sich dabei um keine Unterordnung von Privateigentum unter ein übergeordnetes Recht einer (wie auch immer definierten) Gemeinschaft handelt, sondern die mit Besitz einhergehende Sozialverantwortung für das Gemeinwohl. Diese wurde begründet in Abwehr sozialistischer Vergesellschaftungsabsichten, deren geschichtliche Umsetzungen den bekannten Ruin von Wirtschaft und Sozialwesen mit sich brachten. Das grundständige, biblische begründete Recht auf privates Eigentum wurde von MdB Jana

1 Enzyklika Laudato Si’ von Papst Franziskus über die Sorge für das Gemeinsame Haus, 93.

2 Vigil mit den Jugendlichen auf dem Marienfeld. Ansprache von Benedikt XVI. Köln, Marienfeld 20. August 2005

Schimke dankenswerterweise als eine Prämisse der Christdemokratie bzw. der Sozialen Marktwirtschaft erwähnt. Papst Franziskus ist dagegen von der marxistisch inspirierten Befreiungstheologie beeinflusst. Eine biblisch fundierte Gesellschaftsvision funktioniert nach dem Prinzip der Subsidiarität (Bottom Up), eine sozialistische zentralistisch (Top Down), wie von Prof. Edenhofer global vertreten.

- Mit den prognostizierten Umweltszenarien wird Angst geschürt besonders bei der jungen Generation, die meint, die letzte zu sein, wenn nicht noch radikaler den Prognosen gegengesteuert wird. Wo ist im Szenario von Prof. Edenhofer die Zusage Gottes: *„Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“* (1Mose 8,22)? Ohne dieses Vertrauen, dass nicht der Mensch, sondern Gott die Welt in seiner Hand hält, bestimmen Angst und menschlicher Handlungszwang die Agenda. Als Christen haben wir den Herrschaftsauftrag über die Schöpfung von Gott, in Verantwortung vor Ihm, in Beziehung zu Ihm und zur Schöpfung und im Vertrauen auf Seine Zusagen erhalten. Ohne Ihn wird kein Mensch das Klima und die Welt retten, sondern schlimmere ökologische, wirtschaftliche und soziale Verwerfungen produzieren. Ist Global Governance ein weiterer, zum Scheitern verurteilter babylonischer Turm? Gott hat nicht umsonst die Konzentration menschlicher Macht begrenzt, um deren Missbrauch vorzubeugen (1Mose 11).
- Bewahrung der Schöpfung heißt nicht, den Planeten zu retten. Als Christen wissen wir nicht wann, aber dass die Erde ein Ablaufdatum hat (Mt 24,35). Bis dahin ist von uns verantwortliche Haushalterschaft gefragt für die Natur, die Umwelt, mit den Ressourcen der Erde. Kohle, Gas und Öl sind gute Gaben Gottes an uns. Sollte Gott gesagt haben, dass wir sie jetzt nicht mehr verwenden dürfen? Eine vergleichbare Frage stellte die Schlange Eva zu den Bäumen im Paradies (1Mose 3,1-3). Gott hat nicht diese Rohstoffe verboten, sondern Raubbau und Verschwendung. Was Gift ist – ist eine Frage der Dosis. Totalitäre Verbote von Menschen errichten widergöttliche Herrschaftssysteme, nehmen Unternehmen die Freiheit zum eigenverantwortlichen Wirtschaften und gefährden damit die Versorgung der Bevölkerung. Sollte in den biblisch vorausgesagten Katastrophen bis zur Wiederkunft Jesu (Mt 24,4-8) verantwortliches Haushalten und Regieren nicht heißen, die Bevölkerung vor deren Auswirkungen bestmöglich zu schützen und vorrangig die Grundversorgung mit Nahrung, Energie und Wohnen zu sichern?

Finanzwelt

Nahtlos daran anschließend erläuterte das Forum „Finanzwelt im Umbruch“ (Dr. Alexander Börsch, Chefökonom und Leiter Research Deloitte Deutschland; Otto Fricke, Haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, MdB; Dr. Hans-Jörg Naumer, Volkswirt, Allianz Global Investors; Prof. Dr. Joachim Wuermeling, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank), wie Wirtschaftswachstum von CO2-Emission entkoppelt werden soll. Börsennotierte Unternehmen müssen für Finanzierungen Nachhaltigkeitskriterien anhand der ESG-Vorgaben (Environment, Social und Governance) nachweisen – wohl einräumend, dass die ESG-Ratings unter Umständen wenig über die tatsächliche Wirkung der Unternehmen aussagen. Mittels der ESG-Kriterien werden die globalen Finanzströme zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 gelenkt.

Angesichts der neuerlichen Bankenpleiten wurde deutlich, dass das Finanzsystem vom Vertrauen der Anleger lebt, dass eigentlich niemand mehr das System durchschaut und was als nächstes passieren wird. Bankenpleiten und Inflation gehören nach Ansicht des Forums zur Marktbereinigung. Und Zinserhöhungen braucht es, um Geld aus dem System zu ziehen, das vorher reingepumpt wurde – ohne zu fragen, wer vorher die Nutznießer waren und wer jetzt draufzahlt.

Staatsschulden zur Finanzierung der Dekarbonisierung wurden als nachhaltig bezeichnet. Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, hatte

im Plenum gewarnt, dass ein weiteres Krisenmanagement mit gedrucktem Geld und neuen Schulden in eine Finanzkrise münden wird und dass Deutschlands strukturelle Probleme wie die demografische Katastrophe nicht mit Geld zu lösen sind. Wo ist eine Warnung vonseiten der Finanzexperten vor Schulden, wie sie die Bibel ausspricht (Spr 22,7), zu solider Haushaltspolitik, die nur ausgibt, was erwirtschaftet wurde? Dient das Finanzsystem der Wirtschaft und dem Land oder erhält es sich vor allem selbst am Leben? Darauf reicht, nach Werten gefragt, nicht die Antwort, dass es vor allem darum geht, was mit dem Geld passiert.

Migration

Prof. Dr. Ruud Koopmans, Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, vertrat die Strategie, Asylzentren außerhalb der EU in den Herkunftsländern einzurichten, um irreguläre Immigration zu stoppen. Damit sollen die Bedürftigsten eine Chance auf Asyl bekommen und nicht nur die Stärksten, die es mit Hilfe oft krimineller Schlepper übers Mittelmeer schaffen. Das ist Teil des EU-Migrationspakts bereits seit 2020, der aber an der Kooperation der Herkunftsländer scheitert.

Wer es nach Deutschland schafft, kann sich weitgehend darauf verlassen, dass er nicht abgeschoben wird, auch wenn er keinen Flüchtlingsstatus bekommt. Damit werden minderqualifizierte Migranten angezogen, die von den deutschen Sozialleistungen profitieren, während Hochqualifizierte in Länder wie die USA gehen mit niedrigeren Steuern und Sozialabgaben. Leider redete Prof. Koopmans völlig unkritisch dem neuen Fachkräftezuwanderungsgesetz das Wort, um qualifizierte Fachkräfte aus ärmeren Ländern wie z. B. Nigeria anzuwerben. Im Gegenzug sollen die Länder abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland zurücknehmen. Wer lässt sich auf so einen Handel ein und wie kann man das verantwortungsethisch befürworten?

Gern kann Deutschland jungen Menschen aus Ländern mit hohen Geburtenraten und schwächerer Wirtschaft Ausbildung und Studium anbieten. Ob sie dann in Deutschland bleiben oder zurückgehen, ist ihnen überlassen. Mit dem Abwerben teuer ausgebildeter Fachkräfte aus ärmeren Ländern häufen wir jedoch eine zweite Schuld auf die erste, dass die Babyboomer eine boomende Wirtschaft aufgebaut, aber zu wenige Babys hatten, um die Wirtschaft zu erhalten. Wir sehen die verheerenden Folgen der EU-Freizügigkeit für Familien und die Gesellschaft in Ländern wie Bulgarien und Rumänien.

Das Gegenmittel für unseren Fachkräftemangel kann langfristig nur eine ressortübergreifend familienorientierte Politik sein, die Eltern nicht nur als Wirtschaftsfaktor sieht, sondern es attraktiv macht, Kinder zu haben. Gerade vom KCF würde ich mir dazu Strategien von familienfokussierten Unternehmen wünschen, die verstanden haben, wie sie ihren eigenen Nachwuchs generieren, und die damit zu Impulsgebern für eine demografisch nachhaltige Politik werden. Das braucht zwei Generationen. Aber um weiter nur die Löcher zu stopfen, sind sie zu groß.

Als Resümee:

Was bedeutet christlich zu führen, ohne sich in den prophezeiten pseudochristlichen Verführungen zu verfangen (Mt 24,4ff)?

Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Workshop Medienrhetorik und Kommunikation

Am 14./15. April veranstalteten wir im Kloster Hünfeld den Workshop „Mediendialog – Persönlich auftreten, Themen setzen und Botschaften transportieren“. Vorstände und Repräsentanten der Verbände ließen sich schulen, um unsere Botschaften und Positionen der Partei überzeugend zu vermitteln. Als Referent diente uns Herr Richard Schütze, Leiter der VALERE-Academy für Werte, Verantwortung und Führung, Rechtsanwalt, Trainer & Coach für Führungskräfte in Wirtschaft, Verbänden, Politik und Medien. Es ging darum, die Medienwelt besser zu verstehen, spannende Rhetorik, zielgruppenspezifisch zu kommunizieren und eine professionelle Presse- und Medienarbeit. Die Teilnehmer hatten viel Spaß bei ihren produzierten Videos. Hier zwei Statements zum Workshop:

Was für ein kurzes, aber umso intensiveres Seminar erlebte ich in Hünfeld. Unser Treffen begann schon spannend. Jeder der Teilnehmer sollte sich in zwei Minuten persönlich vorstellen:

a) Wer bin ich? (Biografisches)

b) Was gestalte ich? (Persönlich/Beruflich)

c) Was will ich in der Politik gestalten/erreichen?

Meine Vorstellung endete schließlich bei fünf Minuten. Das Konzept, von zuhause mitgebracht, erfuhr noch spontan einige Ergänzungen.

Was lernte ich?

Sprich lebendig und verständlich. Setz deine Stimme ein. Verändere Stimmlage, Tempo und Lautstärke. Gebärdensprache bringt Leben. Sie helfen Thema und Botschaft zu transportieren.

Wie gelingt eine rhetorische Dramaturgie?

Ich erinnerte mich an eine gewaltige Detonation. Sie geschah in meinem Betrieb sechs Wochen vor dem lang geplanten Ende meines Berufslebens. Niemand starb dabei! Das fiel mir während des Vortrags spontan ein.

Die Videoaufzeichnungen machten es dem Referenten Herrn Schütze möglich, motivierend zu korrigieren und zu loben.

Als weiterer Baustein wurde das 4 B-Entscheider-Modell, ein Kurzstatement in 26 Sekunden, eingeführt. Ein solcher Sprint muss geübt werden:

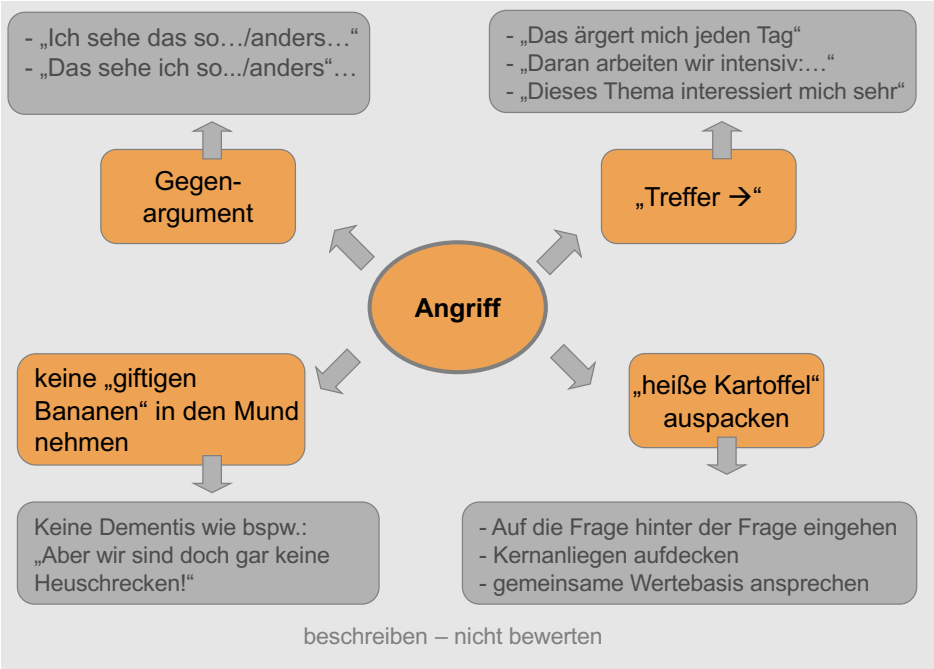
Be-haupt-ung	4 Sek
Be-gründ-ung	6 Sek
Be-weis-führung	10 Sek
Be-kräft-igung	6 Sek

Die erlebte Gemeinschaft tat gut. Sie förderte gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Eine weitere Vertiefung der Inhalte des Seminars macht Sinn.

Klaus-Jürgen Pütz

Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen

Umgang mit konfrontativen Fragestellungen



© Richard Schütze Consult GmbH 2018 37

Als Landesvorstand Bayern konnten wir gemeinsam am Medien- und Kommunikationsseminar mit Herrn Schütze teilnehmen. Keiner von uns wusste so richtig, was ihn erwarten würde und ob es uns auch effektiv etwas bringt. Wir dachten: So ein Seminar kann schon nicht schaden und mal sehen, was dabei rauskommt. Unser Seminarleiter überraschte uns aber punktgenau, wie wir uns besser in der Öffentlichkeit präsentieren können. Er verfügte über ein Knowhow, was uns unglaublich helfen sollte. Er hat schon viele Politiker gecoacht und ist in verschiedenen Talkshows präsent.

Zuerst sollte jeder Teilnehmer von sich eine kurze Vorstellung machen anhand von drei Fragen, die wir bereits vorab erhalten hatten. Das Ganze wurde aufgenommen. Für die meisten von uns war das Neuland und forderte uns sehr heraus. Nachdem sich alle vorgestellt hatten, wurde jede Aufnahme auseinandergenommen. Herr Schütze machte das in einer Art und Weise, die einerseits kritisch war und andererseits uns auch die guten Seiten zeigte, wo schon Potenzial da ist. Er brachte uns dabei immer wieder zum Lachen und hatte für alles immer noch einen Kommentar abzugeben. Seine Statements waren für uns sehr hilfreich. Wir konnten anhand unserer Videos viel lernen und hatten genügend Gesprächsstoff.

Am nächsten Tag ging es in die Tiefe. Unser Coach führte mit einigen Personen Interviews zu verschiedenen Themen, die man sich vorab wählen konnte. Auch hier war Herr Schütze exzellent geübt, uns richtig in die Mangel zu nehmen und aufzuzeigen, woran wir noch arbeiten müssen. Es war für uns wichtig zu erkennen, wie wir uns gegenüber Journalisten, die auch unangenehme Fragen stellen, verhalten sollen, was man sagt und was eher nicht.

Wir haben an dem Wochenende viel lernen und für uns als Verband mitnehmen können. Wir haben einige gute Werkzeuge an die Hand bekommen, auch in Form der Präsentation, die uns helfen, darauf aufzubauen. Wir würden uns sehr wünschen, dass es ein vertiefendes Seminar gibt.

Verena Thümmel

Landesvorsitzende Bayern

Kurzstatements

Kurzstatements für Interviews waren eins der Themen des Workshop Medienrhetorik. Sie können nach verschiedenen Mustern aufgebaut werden:

Das 4 B-Entscheider-Modell

- Behauptung: Slogan, Motto, Schlagzeile, Kernbotschaft
- Begründung: Zentrale Argumentation
- Beweisführung: Beispiel (Anekdoten), ZDF (Zahlen, Daten, Fakten), Vergleiche
- Bekräftigung: Fazit/Appell

Historische oder Lösungsmethode

1. Rückblick – Problem: Situationsbeschreibung, Chronologie, Analyse
2. Überblick – Lösung: Position/Entscheidung, Maßnahme(n), Meilensteine
3. Ausblick – Ziel: Bild/Vision, Konsequenzen

Beide Modelle können auch kombiniert werden. Im Folgenden haben wir zu einigen Kernthemen von Bündnis C beispielhaft Kurzstatements verfasst, die so verwendet, verändert, weiter gekürzt und auf andere Themen angewendet werden können.

Lebensrecht

Kinder sollen leben und nicht abgetrieben werden. Reproduktiv gesund ist eine Kultur, die Kinder willkommen heißt, nicht ein Recht auf Abtreibung.

Jedes Jahr erblicken in Deutschland etwa 100 000 Kinder nicht das Licht der Welt, weil sie vorher getötet werden. Das sind seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts etwa 5 Millionen Kinder, mit denen wir heute keinen Fachkräftemangel hätten.

Kinder sind der Motor für eine vitale Gesellschaft. Kinder gehören uns nicht, sondern sind uns anvertraut. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen kann nicht über dem Lebensrecht von Kindern stehen.

Diesen Interessenkonflikt muss die Gesetzgebung in einer humanen Gesellschaft zugunsten des Grundrechts auf Leben regeln. Wir plädieren für ein Kindergeld ab Empfängnis als Bekenntnis zu den ungeborenen Kindern und zur Unterstützung der Eltern.

Familie

Gesunde Familien sind die Brutstätte für eine gesunde Gesellschaft. Deshalb muss jede Politik auf die Förderung von Ehe und Familie ausgerichtet sein.

In der natürlichen Familie wird der Nachwuchs für eine nachhaltige Gesellschaft geboren, erzogen und gebildet. Kinder wachsen nachweislich am gesündesten in einem stabilen Elternhaus bei ihrer leiblichen Mutter und ihrem leiblichen Vater auf.

Deshalb stehen Ehe und Familie im Grundgesetz unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Politik muss die Ehe von Mann und Frau gegenüber allen anderen Formen des Zusammenlebens privilegieren.

Das natürliche Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder wollen wir stärken. Wir statten Eltern und Alleinerziehende mit einem Erziehungsgehalt aus, damit sie finanziell in der Lage sind, ihrer grundgesetzlichen Erziehungspflicht nachzukommen.

Bildung

Die Eltern haben laut Grundgesetz das Recht und die Pflicht zur Erziehung der Kinder. Kita und Schule sollen die Bildungs- und Erziehungsverantwortung der Eltern ergänzen, aber nicht ersetzen.

Zu frühe Fremdbetreuung schädigt die Bindung der Kinder an die Eltern und in der Folge ihre soziale Kompetenz, Lern- und Leistungsfähigkeit. Deshalb beenden wir die einseitigen Subventionen für Kitas und schaffen mit einem Erziehungsgehalt für Eltern Wahlfreiheit der Betreuungsform.

Das Schulwesen steht nach Grundgesetz unter der Aufsicht des Staates. Die Länder müssen nichtstaatlichen Akteuren verwehren, die Lehrinhalte von Kitas und Schulen mit Eigeninteressen infiltrieren.

Die bestehende Schulpflicht überführen wir in eine Bildungspflicht, die auch Hausunterricht erlaubt.

Wirtschaft

Die Wirtschaft soll der Versorgung der Menschen dienen und nicht zuerst dem Profit von Großkonzernen und Aktionären.

Multinationale Konzerne dominieren die Wirtschaftspolitik und ziehen Billionengewinne aus der Realwirtschaft, aus Arbeitseinkommen und dem Mittelstand.

Wir brauchen ein beziehungsorientiertes Wirtschaftssystem, das allen Beteiligten und vor allem Familien zugutekommt: den Mitarbeitern, Kunden, Zulieferern, Kommunen und nicht zuletzt der Umwelt.

Wirtschaftswachstum messen wir deshalb nicht an Konsum und kurzfristigen Gewinnen, sondern belohnen langfristige Investitionen und Verantwortung.

Kleine und mittlere Unternehmen sind von ausufernden Abgaben und Vorschriften zu entlasten.

Umwelt

Bewahrung der Schöpfung heißt, der Ökologie des Menschen und der Natur gemäß zu leben und zu arbeiten. Wir setzen auf Qualität statt Quantität und auf Effizienz statt Konsumorientierung.

Eine beziehungsorientierte Wirtschaft unter Beteiligung aller Interessengruppen beendet gleichzeitig Raubbau an der Umwelt und unseren Ressourcen.

Als Menschen werden wir nicht das Klima und den Planeten retten. Die Politik muss jedoch Vorsorge für mögliche Katastrophen treffen, um die Menschen bestmöglich zu schützen.

Dafür ist als Priorität die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern mit einer soliden regionalen Landwirtschaft und Industrie, technologieoffener Energieproduktion und Sanierung der Infrastruktur.

Finanzen

Wir brauchen ein neues Finanzsystem mit stabilem Geld. Banken müssen Dienstleister der Wirtschaft werden, statt sie zu dominieren.

Ungebremste Geldvermehrung, Inflation und Spekulation machen Reiche reicher und Arme ärmer. Zinsen und Geldschöpfung zwingen die produktive Wirtschaft zu Gewinnmaximierung und ständigem Wachstum.

Gleichzeitig verschulden sich Staaten ins Unermessliche und gehen damit eine unheilvolle Allianz mit der Finanzwirtschaft ein, die die nächste Generation versklavt.

Für eine florierende Wirtschaft und solide Haushalte schaffen wir eine gedeckte Währung, die das hemmungslose Gelddrucken beendet, Schulden abbaut und ohne Zinsen arbeitet.

Gesundheit

Im christlichen Menschenbild sind wir Beziehungswesen, Einheit von Körper, Seele und Geist und haben eine unveräußerliche Würde unabhängig vom Nutzen.

„Hauptsache gesund“ bedeutet damit ganzheitliche Wiederherstellung und mit Gott und unseren Mitmenschen in Frieden zu leben. Gesundheit ist zugleich Eigenverantwortung und Angewiesensein auf menschliche Fürsorge, aber kein Recht, das man vom Staat einfordern könnte.

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Für die weitere flächendeckende Versorgung müssen Fachkräfte in medizinischen Berufen besser entlohnt und die Pharmaindustrie ins Inland zurückgeholt werden.

Mit Eigenverantwortung, Prävention und medizinischer Versorgung verbunden mit Reformen zur Selbstfinanzierung des Systems wollen wir steigende Bedarfe mit abnehmenden Ressourcen in Einklang bringen.

Geschlechtergerechtigkeit

Als Menschen sind wir füreinander als Mann und Frau geschaffen. Soziale Rollen sind variabel, aber nicht unabhängig vom biologischen Geschlecht.

Gender-Lehrstühle sind zu schließen, weil ihre Forschung und Lehre auf unwissenschaftlichen Vorannahmen aufbauen, die die biologische Natur des Menschen leugnen. Gendersprache schafft keine Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern verdeckt tatsächliche Ungerechtigkeiten wie ungleiche Entlohnung.

Trans-, Inter-, Homosexualität u. a. sind in der Verantwortung des privaten Lebensentwurfs und dürfen politisch weder diskriminiert noch privilegiert werden. Gleiche Rechte für Minderheiten bedingen gleiche Pflichten.

Geschlechtergerechtigkeit schaffen wir nicht mit Quoten, sondern im freiwilligen Miteinander und gegenseitiger Ergänzung der Kompetenzen von Frauen und Männern.

Demokratie

Demokratische Ordnungen haben ihren Kern und ihre Bestimmung in der Würde jedes Menschen als Geschöpf Gottes. Demokratie ist nicht Herrschaft einer Mehrheit über die Minderheit, sondern an die Wahrheitsfindung gebunden.

Demokratische Prozesse finden in Bürgerbeteiligung und politischen Debatten um die besten Lösungen statt. Politische Gegner und deren Wähler dürfen nicht zu Feinden erklärt werden, sondern müssen darin eingebunden sein.

Medien sind als 4. Macht im Staat unabhängiger Recherche verpflichtet. Öffentlich-rechtliche Medien haben der objektiven Berichterstattung zu dienen, nicht als Sprachrohr der Regierung.

Strukturelle Säule der Demokratie ist die Gewaltenteilung. Sie darf nicht mit Notverordnungen wie während der Corona-Lage außer Kraft gesetzt werden.

Recht und Freiheit

Informations-, Meinungs-, Gewissens-, Religions- und Redefreiheit sind grundgesetzlich verankerte Grundrechte, die wir gegen ihre fortschreitende, aggressive Aushöhlung verteidigen.

Ein Rechtsstaat hat keine Gesinnungen, sondern Straftaten zu verfolgen. Er schreibt keine Moral, Denken und Reden vor, sondern basiert auf ethischen Werten der Menschenwürde, Recht und Freiheit.

Recht kann auch nicht der Wissenschaft folgen. Der Irrglauben an „DIE Wissenschaft“ suggeriert ein geschlossenes System, wo es um Bekenntnis geht statt Erkenntnis. Wissenschaft braucht den freien Diskurs mit Widerspruch als Korrektiv.

Das Neutralitätsprinzip des Staates gebietet Gleichbehandlung von Weltanschauungen und nicht, sie zu unterdrücken oder Unglauben zu privilegieren.

Europa

Eine starke Europäische Union gründet auf starken Nationen. Wir wollen einen Staatenbund, keinen Bundesstaat, weniger Regulierung und mehr Differenzierung für die Mitgliedsstaaten.

Einheit wächst durch Freundschaft und willentliche Annäherung der Völker, nicht durch mehr Macht der EU-Institutionen oder eine Fiskalunion. Regionale Initiativen mit gemeinsamen kulturellen, historischen oder wirtschaftlichen Interessen wollen wir fördern.

Die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten sind zu achten und wiederherzustellen. Die EU-Gesetzgebung muss überprüft und reduziert und der EU-Haushalt verringert werden.

Wir stärken die Kernprinzipien der EU: Subsidiarität, Solidarität, Flexibilität und Diversität.

Migration

Wir brauchen eine Wirtschafts- und Außenpolitik, die Unterdrückung, Armut und Extremismus im Nahen Osten und Afrika reduziert statt verstärkt. Illegale Immigration hebelt das Asylrecht aus und muss gestoppt werden.

Wir sehen unsere Mitmenschen im globalen Süden als gleichberechtigte Partner in der globalen Wirtschaft, die keine Entwicklungshilfe brauchen, sondern faire Unternehmen und Investoren.

Deutschland kann jungen Menschen aus Ländern mit hohen Geburtenraten und schwächerer Wirtschaft Ausbildung und Studium anbieten. Qualifizierte Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben, ist ethisch unverantwortlich und verstärkt Armut und Fluchtursachen.

Unsere Außenpolitik soll nicht repressive Regime unterstützen, sondern mit Akteuren zusammenarbeiten, die sich für Grundfreiheiten in ihren Ländern einsetzen.

Verteidigung

Friedensinitiativen für die Ukraine und Russland haben oberste Priorität, um Tod und Zerstörung zu beenden. Die Kernkompetenz Deutschlands und Europas sind Diplomatie und Brücken bauen, auch gegenüber Russland.

Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss wiederhergestellt werden. Wir plädieren für ein verpflichtendes Dienstjahr bei der Bundeswehr oder im Sozialwesen.

Wir stehen zu Deutschlands Verpflichtungen in der NATO zum gemeinsamen Schutz des europäischen Kontinents, nicht zu einer europäischen Armee.

Rüstungsabkommen mit aggressiven Regimen wie der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und anderen Autokratien sind an die Gewährung von Grundfreiheiten in den Ländern zu binden und an die Achtung der Souveränität der Nachbarstaaten.

Menschenhandel

Menschenhandel ist organisierte Kriminalität mit schwersten Verbrechen gegen die Würde der Menschen und muss auf allen Ebenen verfolgt werden. Moderne Sklaverei geschieht in Zwangsprostitution, Kinderpornografie, Zwangsarbeit und Kinderarbeit, Leihmutterschaft und Organhandel.

Zwei Drittel der registrierten Opfer von Menschenhandel werden zur sexuellen Ausbeutung rekrutiert und bringen fast 90 % der Gewinne ein. Wir befürworten das Nordische Modell, das den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellt, verbunden mit Ausstiegsprogrammen für Prostituierte.

Das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit muss auf alle Teile der Lieferketten von Unternehmen in und außerhalb von Europa ausgedehnt werden.

Leihmutterschaft versklavt Frauen und macht Kinder zur Ware und darf in Europa nirgends legalisiert werden.

Nahost und Israel

Die Verbundenheit mit Israel ist für Bündnis C nicht nur Staatsräson, sondern Herzenssache – im Bewusstsein für die besondere Rolle Israels in der Weltgeschichte und unserer Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk.

Während feindliche Nachbarn Israels im Chaos versinken, zeigen die Abraham-Abkommen, dass eine friedliche Zusammenarbeit in der Region möglich ist. Dazu laden wir alle Akteure im Nahen Osten ein.

Statt einer Neuauflage des gescheiterten Atomabkommens mit dem Iran müssen die Sanktionen gegen das islamistische Regime wiedereingesetzt werden, um eine Atombombe zu verhindern.

Wir verteidigen Israel gegen alle Versuche, mit einer Zwei-Staaten-Lösung das Land zu teilen. Im weltweit zunehmenden Antisemitismus und Antizionismus stehen wir als Anwalt unserer jüdischen Freunde und des Staates Israel.

Einladung zum außerordentlichen Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland

Liebe Delegierte,
liebe Kandidaten für die Europawahl,

wir laden Sie herzlich ein zum außerordentlichen Bundesparteitag

am Samstag, den 25. November 2023
von 10 bis ca. 17 Uhr im

Evangelischen Allianzhaus Bad Blankenburg, Esplanade 5-10a, D-07422 Bad Blankenburg.

An diesem Sonderparteitag werden wir verschiedene europapolitische Themen diskutieren und unser **Europawahlprogramm** vorstellen und beschließen. Die Delegierten und die Vorstände erhalten die Beschlussvorlage bis zum 10. November per E-Mail. Änderungsanträge erbitten wir bis zum 22.11.2023 an die Bundesgeschäftsstelle.

Der Bundesparteitag wird als **Delegiertenparteitag** durchgeführt. Stimmberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände. Die Landesvorsitzenden sind mit beratender Stimme teilnahmeberechtigt. Wir laden außerdem alle Kandidaten unserer Liste für die Europawahl herzlich ein.

Unsere Mitglieder erhalten die Möglichkeit, den Parteitag online zu verfolgen, vorbehaltlich der technischen Gegebenheiten. Die Einwahl erhalten Sie von der Bundesgeschäftsstelle.

Wir bitten alle Delegierten, die Kandidaten und Landesvorsitzenden um Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle bis zum 10. November 2023. Bitte teilen Sie der Geschäftsstelle auch Übernachtungswünsche mit.

Herzlich willkommen zum Bundesparteitag!

Der Bundesvorstand

Tagesordnung

Ab 9:00	Registrierung und Imbiss
10:00	Andacht
10:10	Eröffnung des Bundesparteitages durch die Vorsitzende
Ca. 10:20	**1. Formalien**
	a) Ordnungsgemäße Ladung b) Beschlussfähigkeit c) Wahl des Protokollführers d) Beschluss der Tagesordnung e) Antrag Rederecht für Gäste f) Wahl des Versammlungsleiters
Ca. 10:30	**2. Grußwort ECPM**
Ca. 10:40	**3. Europapolitische Themen**
	a) Vorstellung einzelner Themen b) Fragen und Aussprache
12:00	Mittagspause
Ca. 13:15	**4. Europawahlprogramm**
	a) Vorstellung der Beschlussvorlage b) Änderungsanträge c) Aussprache d) Beschluss
Ca. 15:00	Kaffeepause
Ca. 15:30	**5. Europawahlkampf**
	a) Unterstützerunterschriften b) Geplante Veranstaltungen c) Wahlwerbung d) Weitere Aktionen
Ca. 16:30	**6. Sonstiges**
Ca. 16:50	**7. Schlusswort**
Ca. 17:00	Ende des Bundesparteitages

Gebetsaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

wir leben in einer Zeit, in der die Unterschiede zwischen der Welt und dem Reich Gottes immer sichtbarer werden. Oft sehen wir nur die Nachteile, die sich daraus ergeben. Doch ist es nicht so, dass Gott trotz allem als Herr auch über allem steht? Ich bin davon überzeugt, dass Gott Menschen die Augen öffnen kann, gerade weil das Übel zunimmt.

Als Kinder Gottes wissen wir: Jesus hat den Sieg am Kreuz errungen und uns mit seinem Blut erkauft!

Ja, unser Land und Europa brauchen unbedingt Gebet. Ich möchte uns alle einladen, Gott zu danken für über 75 Jahre Leben in Frieden. Wir bitten Gott, dass er diesen Frieden erhalten möge. Wir denken an die 360 Millionen Geschwister weltweit, die um seines Namens willen Verfolgung leiden.

Lasst uns Gott bitten, dass unser Land eine neue Erweckung erfahren darf. Wir bitten Gott, uns als Bündnis C – Christen für Deutschland zu zeigen, was ER für unser Land möchte und was ER segnen wird. Lasst uns beten, dass Gott all das offenbart, was hinter den Haltungen und Ideologien derer steckt, die in Regierungsverantwortung stehen. Gott wird Licht in die Finsternis bringen, darauf dürfen wir vertrauen. Gemeinsam wollen wir dafür beten, dass wir unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen wahrnehmen können.

Verbunden mit den besten Segenswünschen
verbleibe ich Ihr

Mathias Scheuschner

Bundesschatzmeister

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder und Interessenten,

In einem Lied des Gesangsquintetts Die Prinzen heißt es: „Alles in der Welt kostet Geld“. Man muss nicht mit allem übereinstimmen, was diese Jungs gesungen haben, aber an diesem Punkt haben sie recht. Und es trifft auch auf unsere Parteiarbeit zu. Nicht, weil die Akteure so viel Geld bekommen. Das meiste geschieht weiterhin rein ehrenamtlich, und etliche Akteure verzichten selbst auf die Erstattung ihrer Aufwendungen. Sondern weil in dieser Welt fast alles nur gegen Geld zu bekommen ist: Anzeigen, Büroausstattungen, Drucksachen, Konten, Kraftstoffe, Plakate, Raummieten, Telefon, Werbemittel, Zoom-Konferenzen und so weiter.

Die Reihe ließe sich fortsetzen. Und da sind wir noch nicht bei der Sachkompetenz, die wir über Referenten, die uns mit ihren Vorträgen und Beiträgen bereichern, dazukaufen müssen. Gerade diese ist dringend notwendig im Wettstreit der Meinungen. Ohne fundierte Kenntnisse und verifizierte Beiträge zu Sachthemen sind wir nur eine weitere Partei von Schlaumeiern, die zurecht niemand ernst nimmt. Mit unserem Finanzpolitischen und dem Gesundheitspolitischen Programm haben wir einen guten Anfang gemacht. Aber es gibt noch andere Bereiche, zu denen wir uns Gedanken machen und äußern müssen und Ratgeber und Experten brauchen. Zu Familie kann fast jeder etwas sagen und viele zu Bildung. Zu Wirtschaft wird es schon schwieriger, die steht als nächstes auf unserem Plan. Und zu Verkehrspolitik? Energieversorgung? Oder Verteidigung? Da benötigen wir echt Hilfe. Und da gibt es zwei Möglichkeiten: Wir werben Experten als Mitglieder und spannen sie ein, oder wir laden Fremde zur Mitarbeit ein als externe Fachleute. Wobei der Kreis sich schließt und wir wieder beim ersten Satz angekommen sind. Ich bin sicher, Sie verstehen die Problematik.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auf die besonderen Möglichkeiten, Spenden an politische Parteien steuermindernd am Jahresende beim Finanzamt anzugeben. Wobei man mit der Überweisung nicht bis zum Jahresende warten muss.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe und Mitarbeit auch in diesem Bereich.

Hartmut Voß
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Aus den Landesverbänden

Hessen

Unsere Direktkandidaten für die Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Alain Kaffo

Wahlkreis 14 Fulda I Stadt

Verheiratet, 4 Kinder

IT-Berater

Meine politischen Ziele für die hessische Landtagswahl umfassen die Förderung von religiöser Vielfalt und Toleranz. Ich strebe die Stärkung von Familien an, indem ich Lehrpläne überarbeite und Bildungsdynamik fördere, um die Erziehung zu stärken. Soziale Gerechtigkeit ist für mich ein zentrales Anliegen, das ich durch gezielte Maßnahmen vorantreiben möchte. Ich plane die Neuausrichtung der Finanzen und die Stärkung der Wirtschaft, um nachhaltigen Wohlstand zu schaffen. Gesundheitsförderung und die Unterstützung individueller Selbständigkeit stehen für mich im Fokus, während ich gleichzeitig das Leben in all seinen Phasen schütze.

Dr. Norbert Höhl

Wahlkreis 15 Fulda II

Verheiratet, 5 Kinder

Lehrer

Als Kreistagsabgeordneter und Kreisverbandsvorsitzender erfülle ich in Fulda gemeinsam mit vielen anderen die Aufgabe eines Wächters auf der Mauer gemäß Jesaja 62,6. Deutschland braucht Jesus, die Menschen brauchen Gottes Wort und die Orientierung wieder an den Maßstäben Gottes, denn ohne Gott geht alles kaputt, wie wir das gerade in Deutschland in einem atemberaubenden Tempo erleben müssen. Die Menschen wieder auf die eigentliche, einzige und wahre Quelle des Lebens hinzuweisen, auch und gerade in der Politik, ist für uns Christen die vornehmste Aufgabe in unserer Gesellschaft und für die Menschen überlebensnotwendig. Als Botschafter an Christi statt nehme ich gerne diese Aufgabe wahr, zu der uns Jesus in der Kraft des Heiligen Geistes ausgerüstet hat. Alle Ehre IHM!

David Adler

Wahlkreis 18 Gießen I

Verheiratet, keine Kinder

Kinder- und Jugendreferent bei NEUES LEBEN e. V.

Ich kandidiere bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober, weil es mir wichtig ist, dass in der Politik Christus präsent ist, Entscheidungen getroffen und Diskussionen geführt werden, die im Namen des Herrn passieren. Außerdem gibt es viele Themenbereiche, die aus Sicht eines gläubigen Christen anders betrachtet werden dürfen und sollen. Deshalb möchte ich meinen Geschwistern helfen, sich zu Parteien zu bekennen, in denen das Wort Gottes und Jesu Willen höchste Priorität hat.

Ludwig Grünert

Wahlkreis 19 Gießen II

Verlobt (kinderlos)

Notfallsanitäter

Mit Jesus im Herzen drängt es mich, in den politischen Bereich einzutauchen und Gottes Visionen und Pläne zu ergreifen. Die folgenden Anliegen sind mir besonders wichtig: In der Politik von Jesu Liebe zu uns Zeugnis zu geben und auf das Unrecht des Menschenhandels, von Prostitution, Pornografie-Industrie und Christenverfolgung aufmerksam zu machen. Ich glaube, in Gott finden Menschen Wert und Identität. Von Gottes Güte veränderte Menschen verändern unsere Gesellschaft zum Guten.

Andrea Rehwald

Wahlkreis 22 Limburg-Weilburg II

Verheiratet, 6 Kinder im Alter zwischen 22 und 39 Jahren

Bürokaufmann, Vertrieb, Kunden- und Projektbetreuung

Für mich ist meine politische Arbeit ein Dienst für Gott und am Menschen. Wir Christen müssen einfach Zeichen setzen. Es kann in der Gesellschaft nicht so weiter gehen. Wir legen unserer Jugend eine Verantwortung auf, der sie nicht gewachsen ist. Stärkung der Familien und ein gesundes Verhältnis zur Umwelt ohne Überbewertung der menschlichen Komponente sind mir die Hauptanliegen. Die Gesellschaft wieder einander zuwenden ist mir ebenfalls wichtig!

Edgar Winand

Wahlkreis 23 Hochtaunus I

Verheiratet, 3 Kinder

Dipl-Ing. Elektrotechnik, Selbstständig

Ich trete zur Wahl an, weil ich folgende Kernziele verfolge:

- Menschenwürde soll in Deutschland wieder großgeschrieben werden. In vielen Bereichen des alltäglichen Lebens ist sie verloren gegangen.
- Mehr fürs eigene Land tun.
- Bildungs-Orientierung korrigieren.
- Mittelstand zurückgewinnen.
- Echte Werte wiedererkennen.
- Gesunde Familien in den Hauptfokus.
- Seriöse Arbeitswelt.
- Wieder ein Vorzeigestaat für die Einheit innerhalb des Landes werden.

Leider haben wir mit 940 Unterstützerunterschriften das Ziel knapp verfehlt für die Wahlzulassung unserer Landesliste. Wir danken dennoch jedem, der seine Unterschrift gegeben und für unser gemeinsames Ziel mit gesammelt hat! Ohne Euch wären wir nicht so weit gekommen.

Andrea Rehwald
Landesvorsitzende Hessen

Niedersachsen

Bündnis C bekanntmachen

Wie vielleicht bekannt, haben wir in Bad Essen neue Wege angefangen, um Bündnis C bekannter zu machen. Wir waren zu dritt in unregelmäßigen Abständen in umliegenden, vorwiegend freien Gemeinden, um nach dem Gottesdienst mit dem Pastor und/oder den Ältesten ins Gespräch zu kommen. Unser Ziel war dabei unter anderem, zunächst Unterstützungsunterschriften (UU) für die Kandidaten zur Europawahl 2024 zu ermöglichen, darüber hinaus aber auch das Bekanntmachen der politischen Arbeit von Bündnis C, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Unsere Erfahrungen sind ganz unterschiedlich gewesen. Wir haben Gemeinden erlebt, die offen und positiv denkend uns begegnet sind, dafür sind wir sehr dankbar. Andererseits gab es auch abweisende Erlebnisse, die uns immer neu herausfordern, um das Zusammengehen von Christen und Politik zu verdeutlichen.

Berichten möchte ich über eine sehr positive Begegnung in einer Russlanddeutschen Gemeinde in Ostercappeln, ca. 10 km von Bad Essen entfernt. In der Gemeinde trafen wir auffällig viele junge Menschen an, die älteren Besucher waren eindeutig in der Minderheit. Gleich zu Beginn habe ich das Gespräch mit dem Pastor gesucht und wurde von ihm sehr herzlich begrüßt. Bei einer Wahl vor einigen Jahren haben wir dort schon UU sammeln dürfen. So wussten sie gleich Bescheid, ehe ich ihnen große Erklärungen liefern musste. Wir konnten Bündnis C-Flyer dort lassen und es wurde ein Anruf in der Gemeinde verabredet, wenn Bedarf an Mithilfe zum Sammeln von UU besteht. Die persönliche Einladung zu einer Tasse Tee oder Kaffee haben wir in den jugendlich freundlich gestalteten Räumen gern angenommen und einen regen Austausch mit den jungen Leuten erleben dürfen. Eine richtig mutmachende Sache, um unsere Arbeit gerade auch unter jungen Menschen voranzubringen.

Hermann Bohnenkamp

Kreisvorsitzender Bad Essen

Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Kommunalwahlen 14. Mai 2023

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein erzielte Bündnis C nachstehende Ergebnisse:

Rainer Bosniakowski erhielt als Direktkandidat im Wahlkreis 1 in Quickborn 3,6 Prozent der Stimmen. Umgerechnet auf die 14 Wahlkreise erzielte damit Bündnis C in Quickborn 0,3 Prozent der Stimmen.

Carmen Deilke-Rühs erhielt als Direktkandidatin im Wahlkreis 2 in Norderstedt 0,2 Prozent der Stimmen und Hans Martin Konzelmann im Wahlkreis 13 in Norderstedt 0,9 Prozent.

Bündnis C trat in Norderstedt und in Quickborn erstmals bei einer Kommunalwahl an. Durch die Teilnahme am Polit-Talk im Lokalfernsehen konnten wir die Kommunalwahlen nutzen, um Bündnis C als Partei bekannt zu werden. Wir danken allen Unterstützern im Wahlkampf!

Neuer Landesvorstand für Schleswig-Holstein gewählt

Bild von links: Carmen Deilke-Rühs, Birgit Konzelmann, Hans Martin Konzelmann, Hendrick Luttmann

Beim Landesparteitag in Schleswig-Holstein am 22. 05. 2023 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Erneut zum Vorsitzenden wählten die Parteimitglieder einstimmig Hans Martin Konzelmann. Ebenso einstimmig wurden Hendrick Luttmann und Carmen Deilke-Rühs als Stellvertretende Vorsitzende gewählt sowie Birgit Konzelmann als Schatzmeisterin. Nicht mehr zur Wahl standen die bisherige Schatzmeisterin Sigrid Roloff und die Stellvertretende Vorsitzende Christin-Denise Sztenc.

Als geistliches Geleitwort diente ein Bibelwort aus dem 2. Kapitel der Apostelgeschichte. Die frohe Gemeinschaft, die Einmütigkeit und die Orientierung an der Bibel, die von den ersten Christen gelebt wurden, wünschen wir uns als Landesverband für unsere Parteiarbeit.

Hans Martin Konzelmann

Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Bayern

Bericht aus dem Landesverband

Der Landesverband Bayern hat auf dem Herzen, Wachstum zu ermöglichen. Mit der kürzlich erfolgten Gründung des Bezirksverbandes Oberfranken ist für uns ein sehr ermutigender Schritt erfolgt.

Als Landesverband des flächenmäßig größten und nach der Bevölkerungszahl zweitgrößten deutschen Bundeslandes ist unser derzeit wichtigstes Anliegen, diesen so wichtigen Grundstein für weiteres Wachstum zu legen. Strukturen, die dabei helfen, dass Menschen und Mitglieder lokale Anknüpfungspunkte an unsere Parteiarbeit finden, um auch unsere politischen Anliegen und Botschaften einer größeren Zahl von Menschen bekannt zu machen.

Zu diesem Zweck werden wir auf die Erstellung und Bearbeitung von Videos fokussieren, da wir glauben, dass dies die Reichweite unserer Botschaften am deutlichsten zu erhöhen vermag. Daher beschaffen wir aktuell entsprechende Ausrüstung für Videoaufnahmen und zur Videoverarbeitung.

Erste Gehversuche haben wir bereits unternommen und dürfen sagen, dass wir Freude daran gefunden, aber auch gespürt haben, dass wir uns etwas professioneller als mit reinen Handyaufnahmen aufstellen müssen.

Wir freuen uns auf Ihr Feedback, beispielsweise über unseren YouTube-Kanal https://www.youtube.com/@bundniscbayern-christenfur784 und auch auf eventuelle Themenwünsche Ihrerseits.

Mit besten Grüßen

Sven Pilz

Stellvertretender Landesvorsitzender

Gründungsparteitag Bezirksverband Oberfranken

Am 30.7.2023 fand in Lichtenfels der Gründungsparteitag unseres Bezirksverbandes Oberfranken statt. Bei den Vorstandswahlen konnten alle nötigen Funktionen besetzt werden. Der neue Vorstand besteht aus:

Vorsitzende: Annette König (Langenbach)

Stellvertretender Vorsitzender: Jörg Werner (Hof)

Schatzmeister: Bernhard Kiczka (Stadtsteinach)

Beisitzer: Klaus Kaiser (Coburg), Dorothea Müller-Goodwin (Köditz), Karin Wloka (Hof)

Der neu gegründete Bezirksverband soll die Mitglieder von Bündnis C in Oberfranken besser vernetzen, deren Energien und Ideen bündeln und Aktivitäten koordinieren. Zu den ersten Aufgaben gehören Gespräche mit den Menschen in der Region, um zuzuhören und zu erfahren, wo der Schuh drückt. Der Bezirksverband Oberfranken Bündnis C will die Stimmung der potenziellen Wähler erfahren und in weiteren Schritten Lösungen für die Probleme erarbeiten. Dazu werden auch außerhalb der Wahlkampfzeiten Infostände dienen. Ebenso werden Treffen und Infoveranstaltungen angeboten.

Jörg Werner

Stellvertretender Bezirksvorsitzender Oberfranken

Europäische Wirtschaft, Außenpolitik und Migration

Vortrag zu einer integrierten Europapolitik am Bundesparteitag von Bündnis C am 01.07.2023 in Eisenach

Eine Präsentation über die Wirtschaft allein wäre eine unzureichende Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024. Deutschland und die EU stehen vor einem „perfekten Sturm“, bei dem unser wirtschaftliches und politisches System sowie unsere Außenpolitik in ihrem Zusammenhang und Zusammenspiel verstanden werden müssen. Ansonsten bewegen wir uns sprichwörtlich weiter im Kreis.

Bündnis C muss bessere Antworten und eine klarere Richtung zu den großen Themen haben als die „Altparteien“ oder die AfD. Wir sollten bestimmte Besonderheiten und Themen nicht isoliert voneinander kommunizieren. Bündnis C muss den Wählern erklären, was passiert und warum und was die bessere Richtung ist. Es kann nicht in demselben Teufelskreis stecken bleiben wie die anderen Parteien.

Dieser Vortrag ist ein Versuch (und nicht mehr als das), ein Gesamtbild darzustellen, das zeigt, wie Wirtschaft, Außenpolitik, Einwanderung und Integration miteinander interagieren. Um den Zusammenhang zwischen diesen Themen in einem größeren Bild zu sehen, ist es notwendig, auch einen geopolitischen Kernrahmen zu schaffen.

Wir laden zu einer Online-Schulung ein am 21.09. und 20.10.2023, wo wir diesen Vortrag vertiefen.

Ein christlicher Ansatz zu Immigration, Wirtschaft und Geopolitik

Der grundlegende christliche Ansatz ist, dass wir eine gemeinsame Menschenwürde haben und dass wir „Mitmenschen“ (Beziehungswesen) sind. Kolosser 3,11 sagt: „Hier ist nicht Jude noch Heide, nicht Beschnittener noch Unbeschnittener, nicht Barbar noch Skythe, nicht Sklave noch Freier, sondern Christus ist alles und ist in allen.”

Das Sterben auf dem Mittelmeer ist eine schreckliche Katastrophe. Die Migrationsdebatte endet fast immer innerhalb der Karte von Europa, Nordafrika und der Türkei. Wir müssen jedoch verstehen, dass die Menschen, die zu uns kommen, von irgendwoher kommen. Und wir können die Migration nicht bewältigen, wenn wir nicht berücksichtigen, warum diese Menschen das Risiko eingehen, zu uns zu kommen.

Wir können keine Mauern bauen, um alle abzuhalten, und wir können nicht alle willkommen heißen.

Wir müssen daher über den Tellerrand der aktuellen Debatte hinausschauen und vier Inseln in ein Bild bringen: Einwanderung, Wirtschaftssystem und -politik, Integration und Außenpolitik.

Das Problem ist, dass die Debatte zwischen denjenigen, die glauben, dass der Bau von Mauern „die Migration“ fernhalten wird, und denjenigen, die es für unmoralisch halten, Migranten fernzuhalten, festgefahren ist. Wir müssen ausgewogener und praktischer darüber nachdenken und herausfinden, was ein menschlicher Ansatz ist.

Es ist nicht realistisch zu sagen, dass die EU keine Grenzen in ihrer Kapazität für die Aufnahme von Menschen hat. Es ist auch nicht realistisch zu sagen, dass wir durch den Bau von Mauern oder durch „Tunesien-Deals“ alle davon abhalten können zu kommen. Damit erreichen wir maximal eine vorübergehende Abschwächung, bis ein Weg gefunden ist, das Hindernis zu umgehen (oder es zu überwinden).

Keiner der beiden Ansätze konzentriert sich darauf, warum die Menschen kommen und wie wir die Gründe dafür beeinflussen können, dass sie nach Europa kommen. Beide Ansätze stellen auch nicht die Frage, wie unsere eigenen Systeme und Politik die Situation schlimmer machen. Beide Ansätze sind sehr eindimensional, was angesichts eines mehrdimensionalen Problems nicht funktionieren kann.

Anstatt das Thema in Kulturkämpfen zu behandeln, müssen wir es aus der Perspektive von Kapazitäten und Quellen sehen, was einen lebensnahen und somit auf die menschliche Realität bezogenen Ansatz bedingt.

Problemfelder, die sich gegenseitig verstärken

- Eine Außenpolitik, die kurzfristige Interessen verfolgt, dafür extremistische Regime und räuberische Unternehmen stützt und mit ihnen Unterdrückung im Dienst von Ausbeutung
- Eine Wirtschaft der Extraktion, die von Aktionären und ihren multinationalen Unternehmen dominiert wird
- Einwanderung aufgrund von Unterdrückung, Armut, mangelnder Entwicklung und Sicherheit
- Herausforderung und Probleme der Integration der Zuwanderer.

Eine falsche Definition unserer Interessen, der Mangel an nachhaltiger Entwicklung, Bildung und an Freiheit in den Herkunftsländern bedingen Migration und Integrationsprobleme, die zu politischer und institutioneller Instabilität führen.

Wir brauchen deshalb eine Neudefinition von Wirtschaft und wirtschaftlicher Investition (Adoptionsmodell) und die Unterstützung von Grundfreiheiten durch die Außenpolitik für eine gemeinsame nachhaltige Entwicklung statt Migration.

Grundfreiheiten und Interessen neu definieren

Dafür braucht es Klarheit über die Grundfreiheiten und deren Durchsetzung in Europa für eine gelingende Integration wie auch die Unterstützung der Grundfreiheiten in den Herkunftsländern.

Anstatt Neuankömmlingen von außerhalb Europas deutsche, niederländische, französische oder andere Werte beizubringen, sollten wir uns darauf konzentrieren, ihnen bei der Integration grundlegende Freiheiten zu vermitteln. Wir sind ohnehin nicht mehr in der Lage zu definieren, was diese nationalen Werte sind. Wir können jedoch die Grundfreiheiten definieren.

Genauso sollten wir, anstatt zu versuchen, nationale Werte zu exportieren, die Grundfreiheiten als Leitlinien für unsere Außenpolitik insgesamt zugrunde legen. Auf diese Weise gehen wir nicht über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinaus und tappen nicht in die Falle eines De-facto-Neokolonialismus, indem wir zum Beispiel darauf bestehen, dass unsere Definition Sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRGR) weltweit übernommen wird.

Wo wir können, arbeiten wir mit denjenigen zusammen, die willens und in der Lage sind, Grundfreiheiten auf ihre Weise durchzusetzen. Das können Staaten, Regionen, lokale NGOs etc. sein. Wir stärken sie in jeder erforderlichen Weise und helfen, die Freiheit zu verteidigen, damit sie erhalten bleibt und nicht zerstört wird. Wir übernehmen nicht, wir dringen nicht ein, um Demokratie zu bringen. Stattdessen kooperieren wir. Wir stärken keine Diktatoren und autokratischen Regime und wir geben ihnen keine Vorzugsbehandlung. Aber wir brechen auch nicht die diplomatischen Beziehungen ab.

Die Idee hinter diesem Ansatz ist, dass dort, wo Grundfreiheiten wachsen, auch Demokratie und Rechenschaftspflicht sowie alle anderen Entwicklungen gedeihen können. Außerdem werden sich mehr Grundfreiheiten ‚dort' positiv auf die Gemeinschaften ‚hier' auswirken, die von dort kommen. Es funktioniert also in beide Richtungen.

In gewisser Weise ist dieser Prozess sowohl idealistisch als auch bescheiden. Wir handeln zwar auf der Grundlage von Werten, aber auf eine erreichbare und bescheidene Weise. Außerdem vermeiden wir es, die Lage zu verschlimmern, indem wir schlechte Akteure nicht mehr stärken.

Maßstäbe für Grundfreiheiten

Als Sallux haben wir eine Reihe von Grundfreiheiten so definiert, dass sie sich in Programme und politische Maßnahmen umsetzen lassen. Sie basieren auf unseren Erfahrungen in Nordost-Syrien und sind somit aus der Praxis abgeleitet:

- Gleichheit und gleiche Würde und Freiheit der Frauen
- Religionsfreiheit und die Freiheit, die Religion zu wechseln (oder keine Religion auszuüben)
- Persönliche Entscheidungsfreiheit für junge Menschen in Bezug auf ihren Lebensstil und ihre Zukunft
- Lernen, in demokratischen Strukturen und mit einer Vielfalt von Meinungen und Ethnien zu leben
- Freiheit für und von (organisierter) Vielfalt innerhalb von Gemeinschaften
- Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Ethnien und gleiche Unterstützung für Ethnien.

Wie können wir unsere Wirtschaft und damit unsere wirtschaftlichen Interessen in der Außenpolitik neu definieren?

Die Wirtschaft soll von gerechten Beziehungen zwischen allen Beteiligten getragen werden. Neben den Aktionären und Investoren sind das die Mitarbeiter und Kunden, Zulieferer und Kommunen, Regierungen und

öffentliche Einrichtungen, die Zivilgesellschaft und die globale Umwelt.

Auf dem Weg zu einer relationalen Wirtschaft

Die durchschnittliche Familie in Europa trägt die Hauptlast aller Kosten in der Gesellschaft, und sie hat gleichzeitig immer weniger Anteil an der Wirtschaft. Jede Statistik zu diesem Thema zeigt, dass sich Eigentum und Reichtum weg von den Familien hin zu einer immer kleiner werdenden Gruppe von multinationalen Konzernen, Hedge-Fonds und Aktionären verschieben, sowie denjenigen, die Einkommen aus dem Kapital beziehen. Billionen von Gewinnen werden aus der realen Wirtschaft von Arbeitseinkommen und aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) abgezogen. Die durchschnittliche Familie ist jedoch vom Arbeitseinkommen oder dem Einkommen aus einem KMU abhängig. Die Entnahme von Kapital und natürlichen Ressourcen aus der Realwirtschaft geht also auf Kosten der Familien in Europa und weltweit.

Dieses Gefühl der Ohnmacht ist ein wichtiger Faktor für die Unterstützung von Parteien wie der AfD. Wirtschaftliche Praktiken, die dem Finanzkapital Vorrang vor dem Sozialkapital einräumen, führen zu einem Ungleichgewicht der Macht zugunsten von Konzernleitungen und Großaktionären gegenüber anderen Interessengruppen. Dies trägt zur Zentralisierung der wirtschaftlichen Macht bei, zusammen mit der politischen Macht, die diese Praxis legitimiert (und allzu oft davon profitiert).

Wirtschaftliche Macht und politische Macht neigen dazu zusammenzugehen, und je zentralisierter sie ist, desto problematischer wird sie. Vor allem in Deutschland, wo große Unternehmen massiv an politische Parteien spenden, werden diese zu einer Außenpolitik gezwungen, die den Aktionären, nicht aber den Steuerzahlern zugutekommt. Darüber hinaus gibt es die Vorstellung, dass hohe Gewinne von Großunternehmen gleichbedeutend sind mit einer wachsenden Wirtschaft. Aus diesem Grund müssen wir wirtschaftliche Entwicklung mit Bezug auf Beziehungen neu definieren.

Die Anhäufung von Macht zugunsten der Aktionäre hat eine Wirtschaft geschaffen, die in erster Linie darauf ausgerichtet ist, die kurzfristigen Gewinne der Aktionäre auf Kosten aller anderen zu steigern. Dies führt zu einer Wirtschaft der Extraktion, in der die Menschen und die Umwelt für kurzfristige Gewinne geopfert werden.

KMU leiden unter dieser Situation, sowohl was die Lieferkosten als auch was den Absatz betrifft. Die großen Unternehmen beherrschen sowohl die Lieferketten als auch die Absatzmöglichkeiten. Oft fallen wir auf die Rhetorik herein, dass, was für multinationale Unternehmen gut ist, auch für KMU gut sei. Das Gegenteil ist oft der Fall. Viele Unternehmer akzeptieren diese Rhetorik, da sie allem misstrauen, was nicht „unternehmensfreundlich“ klingt. Die Frage ist jedoch, welche Art der Geschäftstätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gut ist.

Die Wirtschaft ist nicht dazu da, das Leben zu zerstören, sondern es zu ermöglichen. Wenn die Menschen und die Umwelt ausgebrannt sind, gibt es keine Wirtschaft mehr. Wir haben jetzt eine Wirtschaft, die von Gewinnmaximierung durch individualistisches Konsumverhalten angetrieben wird. Umgekehrt werden Konsum und Individualismus von unserer Wirtschaft und Kultur gefördert.

Der Progressivismus ist unvereinbar mit dem „Grünen Weg“, da er auf dem Individualismus beruht und diesen noch verstärken will. Individualismus aber ist eine treibende Kraft für den Konsumismus. Es liegt auf der Hand, dass der Konsumismus für die Umwelt zerstörerisch ist. Die Wertschätzung von Beziehungen und dass wir Beziehungswesen sind, ist jedoch wesentlich, um unsere Umwelt zu schätzen und zu schützen. Die Wertschätzung von Beziehungen, Familie und Gemeinschaft ist die notwendige Grundlage für eine grüne Agenda. Sie ist nicht individualistisch und nicht auf Konsum ausgerichtet, sondern sieht Beziehungen als das, was das Leben erfüllt.

Neudefinition der Wirtschaft

Wir müssen Wirtschaft in der Wirtschaftspolitik neu definieren, und zwar dass wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, dass die Durchschnittsfamilie in jeder Hinsicht

ein besseres Leben hat, und dass mehr Gewinn und größere Geschäfte nicht länger die entscheidenden Indikatoren sind:

- Wir brauchen eine Wirtschaft, die alle Interessengruppen ernst nimmt, und wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die von diesen Interessengruppen geleitete Unternehmen und Kooperationen von KMU priorisiert und bevorzugt, zum Beispiel, wenn es um Ausschreibungen der öffentlichen Hand geht.
- Wir brauchen eine Reform der Parteienfinanzierung, die es großen Unternehmen viel schwerer (und weniger notwendig) macht, politische Parteien zu finanzieren.
- Wir müssen die Arbeit in richtiger Weise wertschätzen: Die Menschenwürde wird missachtet, wenn diejenigen, die das Kapital manipulieren, so viel mehr belohnt werden als diejenigen, die arbeiten. Eine relativ niedrigere Besteuerung von Einkommen im Vergleich zu Kapitalerträgen oder Schuldenfinanzierung, die Festlegung von Höchstlöhnen (einschließlich Boni und Dividenden) und realistischere Mindestlöhne verringern die Arbeitsarmut, die sich unweigerlich aus dem Ungleichgewicht in diesen Bereichen ergibt.
- Wir müssen viel mehr gegen Steuervermeidung tun.
- Wir müssen die langfristige Beteiligung an Aktien belohnen: längerfristiger Aktienbesitz löst sich von einem „Glücksspiel"-Modell und verbindet Belohnung mit Verantwortung und Investition mit Engagement. Eine Besteuerung oder direkte Regulierung könnte dazu beitragen, eine Kultur des kurzfristigen Handels einzudämmen.

Aktienbesitz ist nicht per Definition falsch, aber er ist in unserer Wirtschaft viel zu dominant mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Grundsätzlich gilt: Bei allen politischen Entscheidungen sollten Beziehungen und Familien an erster Stelle stehen.

Wichtiger als eine Reihe von Maßnahmen ist, dass der Begriff des wirtschaftlichen Interesses ganz grundlegend neu definiert wird. Die Frage „Was ist unser wirtschaftliches Interesse?" wird dann aus der Perspektive der Durchschnittsfamilie und der Bedürfnisse der Gesellschaft definiert und nicht aus der Perspektive der Interessen des mächtigsten Großkapitals.

Das hat massive Auswirkungen auf die Außenpolitik und die Verhinderung von Migration.

Neu definierte wirtschaftliche Interessen und Außenpolitik

Wir haben jetzt die Situation, dass es einen Unterschied zwischen der Außenpolitik und „Internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung" gibt. In der EU sind dies zwei getrennte Abteilungen (EAD und GD INTPA). Das bedeutet, dass sich die Außenpolitik auf die Vertretung von Interessen und die Förderung der Wirtschaft konzentriert, und dass „das Menschliche" an das Ressort Hilfe und Entwicklung delegiert wird.

Diese Außenpolitik schafft jedoch eine Situation, in der die Ursachen der Migration verschärft werden, da Interessen wichtiger werden als Unterdrückung, Armut und Extremismus. Das nennt man „Realismus", aber in Wirklichkeit ist es kurzfristiges Denken auf Kosten der einfachen Menschen außerhalb und innerhalb Europas. Der Migrant und der europäische Steuerzahler sind beide Opfer desselben Systems.

Der gegenwärtige „Realismus" lehnt die Menschenwürde als Ausgangspunkt ab, da er auf der Vorstellung aufbaut, dass Staaten nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Selbst wenn dies der Fall ist, stellt sich die Frage, was diese Interessen sind und wer sie definiert:

- Wenn unsere kollektiven Interessen mit den kurzfristigen Gewinnen der Vorstandsvorsitzenden, Großunternehmen und Aktionäre übereinstimmen, dann verfolgen wir so tatsächlich unsere Interessen.
- Wenn unsere Interessen mit denen des gemeinen Steuerzahlers übereinstimmen, haben wir jetzt eine Außenpolitik mit Ergebnissen, die den Interessen des gemeinen Steuerzahlers zuwiderlaufen.

Das Scheitern des derzeitigen „Realismus"

Türkei

Die Türkei unterstützt Dschihadismus und den IS in Syrien. Mit dem Dschihadismus und dem Terrorismus des IS wurden verstärkte Flüchtlingsströme nach Europa in Gang gesetzt. In Europa untergräbt Ankara deren Integration. Massive Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Syrien, Unterdrückung

der Bevölkerung und Zerstörung führen zu einer Zunahme von Binnenvertriebenen, die Hilfsleistungen benötigen. Seit einem Jahrzehnt blockiert die Türkei zudem die neue Gaspipeline von Israel nach Griechenland, verhält sich aggressiv gegen EU-Mitgliedstaaten und gegen die Sicherheit Schwedens. All dies führt zu zusätzlichen Kosten für den Steuerzahler in Europa. Dennoch wird die Beschwichtigung Erdogans als Realismus in unserem Interesse verkauft.

Iran

Ein neues Atomabkommen (JCPOA) würde den Geldfluss in den Iran öffnen, weil die Sanktionen (teilweise) aufgehoben würden. Dies wird als „Realpolitik" in unserem Interesse verkauft. Aber die Wirtschaft im Iran ist in den Händen der Korps der iranischen Revolutionsgarden, die ihre Milizen im Irak, in Syrien, im Libanon, im Gazastreifen und im Jemen bezahlen und führen:

Durch kriegerische Handlungen iranischer Milizen in Syrien und im Jemen wurden verstärkte Flüchtlingsströme nach Europa in Gang gesetzt. Der Iran destabilisiert den Irak und den Libanon. Er bedroht die kritischen Öl- und Gasreserven im Golf. Massive Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Unterdrückung bewirken auch hier Zerstörung und eine Zunahme von Binnenvertriebenen, die Hilfsleistungen brauchen und den Steuerzahler in Europa belasten.

Pakistan (Afghanistan)

Während der 20 Jahre, in denen die westliche Welt versucht hat, in Afghanistan zu operieren und zu arbeiten, hat Pakistan die Taliban weiterhin unterstützt und zugelassen, dass ihr führender Rat seinen Sitz in Quetta hat. All das war den westlichen diplomatischen Korps bekannt, aber Pakistan wurde nie ernsthaft unter Druck gesetzt, sein Verhalten zu ändern. Auch das wird als „Realismus" verkauft.

Damit trug Pakistan zu massiven Kosten für Militäreinsätze in Afghanistan bei und verstärkte Flüchtlingsströme. Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Unterdrückung führten auch hier zu Zerstörung und Binnenvertriebenen, vermehrten Hilfsleistungen und verstärkten Terrorismus. All das bewirkt zusätzliche Kosten für den Steuerzahler in Europa.

Afrika

Die westliche Politik beschwichtigt weithin diktatorische Regime auf dem gesamten Kontinent und kooperiert mit ihnen, statt Freiheitsbewegungen wie z. B. die der sudanesischen Opposition zu unterstützen. Sie ignoriert die reale Gefahr eines eskalierenden Konflikts zwischen Christen und Muslimen in Nigeria/CAR. Und sie versäumt es nach wie vor, multinationale Unternehmen zu zügeln, wo sie destruktives Verhalten an den Tag legen wie im Kongo.

Wie wäre es, wenn wir fragen würden, wer von diesen Praktiken profitiert? Warum ist der Profit eines multinationalen Unternehmens wichtiger als menschenwürdige Praktiken z. B. im Kobalt-Bergbau und anständige Löhne für die Bergleute? Das ist, was afrikanische Familien brauchen. Würden sie Afrika verlassen, wenn sie dort ein anständiges Gehalt bekämen?

Muster des Scheiterns

- In jedem Fall führen kurzfristige Fixierungen und Interessen der Politik, von Großunternehmen und/oder die Weigerung, den gegenwärtigen Status quo zu überdenken, zu zerstörerischen Endergebnissen, die letztlich vom gemeinen Steuerzahler getragen werden.
- Darüber hinaus ist eine Außenpolitik, die von kurzfristigen Interessen des Großkapitals bestimmt wird, katastrophal für die Umwelt und die sozialen Bedingungen im globalen Süden.
- Mangels Kenntnis der Verhältnisse vor Ort übernimmt die Außenpolitik häufig die stereotype Propaganda der Unterdrücker.
- Die potenziellen Folgen der derzeitigen Politik werden nicht zu Ende gedacht wie im Sudan.
- Man erliegt der eigenen Naivität oder Unkenntnis darüber, wie ernstlich und abgrundtief böse Akteure sein können.

Ein besseres Konzept für Außenpolitik und Wirtschaft

- Wir müssen uns umorientieren und unsere Definition von „wirtschaftlichem Interesse" grundlegend ändern.
- Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das nicht auf kurzfristige Profite und die Ausbeutung von Menschen und des Planeten ausgerichtet ist und dafür Unterdrücker beschwichtigt, sondern das auf die Stärkung von Familien und des Lebens gerichtet ist.
- Wir brauchen ein wahrhaft inklusives Verständnis der globalen Wirtschaft in dem Sinne, dass wir den globalen Süden als unsere Mitmenschen und als

gleichberechtigte Partner in der globalen Wirtschaft sehen, die gleichermaßen auf ein Leben auf einem lebenswerten Kontinent angewiesen sind.

- Eine Wirtschaft, die sich um die Menschen und den Planeten kümmert, unterstützt den durchschnittlichen Steuerzahler. Die Menschenwürde ist unser Hauptinteresse.
- Freiheit schafft echte Partner, um diese Ziele zu erreichen.
- Wir müssen diejenigen unterstützen, die versuchen, die Grundfreiheiten durchzusetzen, und nicht länger denjenigen den Vorrang geben, die unterdrücken und zerstören.

Dieser umfassendere Ansatz für Migration, Wirtschaft und Außenpolitik erfordert auch, dass wir als Christen ein besseres Konzept für die Geo- und Außenpolitik insgesamt haben.

Oft ist unser Ansatz sehr fragmentiert und nicht ganzheitlich. Manchmal neigen Christen dazu, die Welt ausschließlich aus der Perspektive der Endzeit zu betrachten oder Verschwörungstheorien als Rahmen zu verwenden. Oder Christen begnügen sich damit, ‚nett' zu sein und die wirklichen Probleme ‚da draußen' zu verleugnen.

„Wir haben nicht die Waffen, um uns zu wehren", sagte Dalyop Salomon. Salomon ist ein Anwalt, der die Familien der Opfer in Nigeria vertritt. „Wenn wir sie hätten und es ein Gesetz gäbe, das uns das Recht auf Waffen garantiert, würden wir kämpfen. Internationale Gremien sollten eine Charta oder eine Erklärung herausgeben, damit Menschen, die keinen staatlichen Schutz genießen können, sich durch den Kauf von Waffen verteidigen dürfen. … Wir werden immer in der Defensive sein", sagte Salomon, denn „Christen sind immer die Opfer."[1]

Wie können wir besser werden in:

- Sozialer Gerechtigkeit?
- Die Religionsfreiheit unterstützen?
- Umstände schaffen, die die Verfolgung von Christen verringern oder beenden?
- Im Eintreten für Israel?

Ein ganzheitlicher Ansatz

Artikel 1 der Charta der Grundrechte der EU lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen." Dies ist ein Begriff mit tiefen christlichen Wurzeln, der nicht nur zur moralischen und rechtlichen Grundlage der EU geworden ist, sondern auch weltweit Anerkennung gefunden hat. Die Menschenwürde ist relational, sie ist sowohl individuell als auch kollektiv. Gleichheit der Menschenwürde bedeutet, dass alle Menschen dieselbe Würde haben. Es kann nicht sein, dass wir im Stillen davon ausgehen, dass weiße Europäer eine andere Würde haben als Menschen außerhalb Europas.

Und wir haben die gleiche Fähigkeit zu Entwicklung und Freiheit. Wir lehnen die Vorstellung ab, dass einige Völker weniger zu Freiheit und Entwicklung fähig sind, als wir es in der westlichen Welt sind. Wir sind nicht von Natur aus überlegen.

Wir brauchen diesen ganzheitlichen Ansatz:

- Um zu tun, wozu wir berufen sind
- Uns an der Realität zu orientieren (ohne in die Falle des „Realismus" des kurzfristigen Denkens zu tappen)
- Um Fehler zu vermeiden
- Und besser zu erreichen, was wir erreichen wollen.

Letztlich bedeutet dies, dass wir von einem globalen Bild her denken, so wie es die Bibel tut:

Denn Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen einzigen Sohn hingab, damit jeder, der an ihn glaubt, nicht verloren geht, sondern ewiges Leben hat. (Joh 3,16)

Wieso kann sie jeder von uns in seiner Muttersprache hören? (Apg 2,8)

Darum geht und macht alle Völker zu meinen Jüngern, … (Mt 28,19)

Die Realität wird immer komplizierter sein und Kompromisse erfordern, aber nicht auf Kosten des Wohlergehens, des Lebens und der Freiheit so vieler Menschen, wie es jetzt in unseren Außenbeziehungen praktiziert wird.

Johannes de Jong

Direktor Sallux
ECPM Foundation

1 https://globalchristianrelief.org/christian-persecution/stories/christians-nigeria-ever-fight-back/

Europäische Wirtschaft, Außenpolitik und Migration

Einladung zum Webinar

Die Sallux ECPM Foundation bietet jedem, der mehr über die europäische Wirtschafts- und Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Migration und Fluchtursachen wissen oder darüber diskutieren möchte, die Möglichkeit dazu.

Am 21. September und 20. Oktober 2023 jeweils um 19:30 Uhr finden Online-Seminare statt, in denen Johannes de Jong die Präsentation näher erläutern und Fragen beantworten wird.

Wir bieten dies zweimal an, damit möglichst viele Mitglieder und Interessenten die Gelegenheit wahrnehmen können. Der Inhalt der beiden Webinare ist also derselbe.

Sie können sich anmelden unter
https://sallux.eu/events/
webinar-buendniss-c.html

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmer.
Bitte reservieren Sie den Termin!

Jetzt anmelden!

Atomausstieg, Gasheizungen und die Absage an den Materialismus

Offener Brief an Bundeswirtschaftsminister Dr. Habeck

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Habeck,

Sie muten dem Wirtschaftswunder Deutschland viel zu. Sichere, moderne Atomkraftwerke werden in der noch lange nicht stabilisierten Energiekrise abgeschaltet. Deutschen Dieselmotoren, die für den Stand der Automobiltechnik über Jahrzehnte marktführend waren, wird der Garaus gemacht. Gasthermen mit effizienter Brennwerttechnik sollen aus den Häusern verschwinden.

Ersatz für alle drei exemplarisch stehenden Technologien steht weder technisch noch personell bereit. Sie werden es als Ansporn für die Industrie verkaufen. Aber Gaskraftwerke, die mit Wasserstoff laufen, wachsen nicht von selbst aus dem Boden. In der E-Mobilität

führen andere Nationen. Und Vaillant soll innerhalb eines halben Jahres die Produktion komplett von Gasthermen auf Wärmepumpen umstellen?

Sie verfahren mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland wie ein Gutsherr, der willkürliche Forderungen stellt, ohne sich darum zu kümmern, ob die Firmen das leisten können oder die Leute samt ihrer Alterssicherung dabei bankrottgehen. Das ist schlimmer als Ökosozialismus - ein Rückfall in den Feudalismus.

Aber nicht Sie haben diesen Wirtschaftsstandort geschaffen. Es waren Generationen vor Ihnen, die auf christlichen Grundwerten und Prinzipien stehend Deutschland und Europa erfolgreich, human und frei gemacht haben: mit der Disziplin von Familienbetrieben, Fleiß und Verantwortung für das Gemeinwohl, starken Leistungsträgern und Sozialausgleich, mit innovativem Weitblick und Zielstrebigkeit. Auf das Konto des neomarxistischen Gegenprogramms geht seit den 68ern: Beseitigung der Familie, von Verantwortung in Freiheit, vermeintliche Rechte ohne Pflichten, Ansprüche statt solidem Haushalten, Ideologie statt Bildung.

Nun sind Sie an der Regierung und wollen die Ernte des Programms einzufahren. Ein Spruch der DDR-Köpfe lautete: Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein. Die Antwort sagte das Ergebnis voraus: Ohne Sonnenschein und Gott geht die DDR bankrott. Genauso ist Deutschland heute auf dem Weg in den Bankrott: ohne effiziente Energie und Technologie, ohne ausreichend Nachwuchs, dafür marode Bildung und Infrastruktur und selbstgesetzte Moral statt tragfähiger Lebensordnungen, wie sie uns vom Schöpfer des Universums gegeben wurden.

Katastrophen werden allein damit kommen, mit oder ohne Klimawandel. Es ist maßloses Unrecht, die Versorgung der heute Lebenden aufs Spiel zu setzen, um vermeintlich die nächste Generation zu retten. Sie haben es in der Hand, jetzt umzukehren und Ihrer Regierungsverantwortung vor Gott und Menschen gerecht zu werden:

Sichern Sie die Grundversorgung der Bevölkerung mit tauglichen Rahmenbedingungen für eine sichere Energieversorgung, regionale Nahrungsmittelerzeugung, genügend Wohnraum und für die Sanierung der Infrastruktur. Bestellen Sie Ihre Klimaaktivisten ein und machen Ihnen unmissverständlich klar, dass sie Handwerker und Ingenieure werden sollen, statt Straßen zu besetzen und geisteswissenschaftliche Fakultäten zu bevölkern, wo sie nichts für das Leben der Gesellschaft lernen oder tun. Befreien Sie die Wirtschaft und Familien von ausufernden Steuern, Sozialabgaben, Gender- und Klimavorschriften, einseitigen Subventionen, Sanktionen, Verboten und Antragskrieg, damit Deutschland wieder Luft zum Atmen, für Kinder, zum Leben und Arbeiten bekommt.

Es ist zehn nach zwölf für Deutschland. Die deutsche Angst, die den Atomausstieg übers Knie gebrochen hat, und (klima)politische Kurzschlüsse brauchen das Vertrauen in den Herrn der Geschichte, der Seine Hand über das Nachkriegsdeutschland gehalten hat und auch heute über uns hält. Deutschland wird nicht als Oberlehrer die Welt retten, das ist auch nicht unsere Aufgabe. Uns wurde viel anvertraut im Lauf der Geschichte: mit dem Evangelium von Jesus Christus, dessen Sieg über Verblendung und Tod wir noch immer an Ostern feiern, als Land der Dichter und Denker und als Wirtschaftsnation. Dieses Vermögen sollen wir nicht unter den Trümmern ideologischer Kartenhäuser begraben und weiter verspielen, bis uns auch der Rest genommen wird – nachzulesen in der Bibel Matthäus 25,14-30. Sondern wir sollen es vermehren zum Besten für das Land und für unsere Nachbarn - auf dem Boden nicht eines rot-gelb-grünen Materialismus, sondern unserer gottgegebenen Identität als Nation. Von da aus kann sich der abgestürzte Adler neu erheben.

Sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister, es ist Zeit, Ihrem Amtsverständnis die vergessene Eidesformel hinzuzufügen: So wahr mir Gott helfe!

Bündnis C – Christen für Deutschland
Der Bundesvorstand

Sommerpause: Zeit zum Anker werfen und neu Navigieren

Das Heizungsgesetz wurde vor der Sommerpause vom Bundesverfassungsgericht gestoppt. Die beiden Gesetzesentwürfe zur Reform der Sterbehilfe fielen im Bundestag durch. Über den LNG-Terminal in Mukran entschied die Ampel-Koalition gegen alle Einwände und Gutachten. Sommerpause ist Zeit zum Innehalten und Nachdenken über die Aufgabe der Politik in einer funktionierenden Demokratie und zum neu Navigieren der Grundlagen von Rechtsstaatlichkeit und Gemeinwohl. Bündnis C erinnert den Gesetzgeber an die Voraussetzungen eines freiheitlichen Staates, die er sich selbst nicht geben kann, aber zum Leben braucht.

Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann ist es zu verdanken, dass der Bundestag das hoch kontrovers diskutierte, mehrfach und kurzfristig geänderte Gebäudeenergiegesetz nicht in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause verabschieden konnte. Das Bundesverfassungsgericht hatte seinem Eilantrag gegen die Schlussabstimmung stattgegeben, weil die Abgeordneten zum Befassen mit dem geänderten Gesetzestext zu wenig Zeit hatten.

Ein ähnliches Muster bei der Abstimmung über am Ende zwei Gesetzesentwürfe zur Reform der Sterbehilfe: Bereits Anfang 2020 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das bis dahin geltende Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe verfassungswidrig sei. Im Juni 2022 wurden dazu in 1. Lesung drei fraktionsübergreifende Anträge beraten, Ende November 2022 gab es dazu eine öffentliche Anhörung. Die beiden liberalen Anträge zur Legalisierung von Sterbehilfe legte der Rechtsausschuss auf Antrag der beiden Gruppen zusammen. Bis einen Tag vor der 2. und 3. Lesung plus Abstimmung im Bundestag war nicht klar, ob zwei oder drei Gesetzentwürfe zur Abstimmung stehen. Dennoch sollte am 6. Juli 2023, dem vorletzten Sitzungstag vor der Sommerpause, nach nur 90-minütiger Debatte darüber entschieden werden – gegen die Mahnungen von Fachgesellschaften wie der Bundesärztekammer und dem Nationalen Suizidpräventionsprogramm. Offenbar nahmen die Abgeordneten diese Bedenken ernster als die Bundesregierung und verweigerten beiden Anträgen mehrheitlich die Zustimmung. Es ist den Abgeordneten zu danken, dass sie sich in der Entscheidung über ein so hochsensibles Gesetz, dessen Tragweite buchstäblich über Leben und Tod von Menschen entscheidet, nicht zu einem überstürzten Votum haben drängen lassen.

Mit den Stimmen der Ampel-Koalition passierte hingegen am letzten Tag vor der Sommerpause ein beschleunigtes Verfahren für den Bau des LNG-Terminals in Mukran auf Rügen den Bundestag – gegen anhaltenden Protest aus der Region und mehrere Gutachten. Am selben Tag kündigte die Gemeinde Ostseebad Binz an, eine einstweilige Anordnung mit dem Ziel des vorläufigen Baustopps zu beantragen. Ein im Auftrag der Gemeinde erstelltes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass wasserbauliche Mängel, der Küstenschutz und eine unrealistische Bauzeitenplanung mit Inbetriebnahme der Anlage im Dezember 2023 gegen die Genehmigung des Vorhabens sprechen.[1]

Etwa dreiviertel aller Gesetze sind im letzten Jahr mit Fristverkürzungen durch den Bundestag getrieben worden. Versucht der Gesetzgeber, kontroverse Argumente und Debatten zu Gesetzesvorhaben durch Tempo abzuwürgen? Ein solches Vorgehen spräche nicht für Kompetenz oder gar Ausgewogenheit, sondern für Machtmissbrauch, dem sich die Abgeordneten des Bundestags schon formal widersetzen müssen. Gesetzgebungs- und Planungsprozesse sind in Deutschland langwierig. Aber beschleunigen kann man sie nicht, indem man Debatten und Argumente unterdrückt, sondern indem der Gesetzgeber sie in die Verfahren einbezieht, um zu tragfähigen Gesetzesvorlagen zu kommen.

Dieses Kriterium erfüllen die drei vorgenannten Gesetzesentwürfe nicht, und damit werden rechtsstaatliche Regeln ausgehebelt. Rechtsstaatlichkeit misst sich an einer funktionierenden Gewaltenteilung. Voraussetzung dafür sind für die Bürger verständliche Gesetze, die deren Rechte und Pflichten klar definieren und dem Gemeinwohl dienen. Undurchsichtige, widersprüchliche oder nicht umsetzbare Gesetze verunsichern und höhlen das Vertrauen in den Rechtsstaat aus. Unklare Gesetze bedingen eine willkürliche Umsetzung durch die Verwaltung und eine unberechenbare Rechtsprechung. Zudem untergräbt ein Übermaß an gesetzlichen Regelungen deren Verständnis, die Handhab-

1 https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/verheerendes-gutachten-platzt-jetzt-habecks-lng-traum-li.369444

barkeit und die Eigenverantwortung der Bürger, von Kommunen und Unternehmen.

Das Heizungsgesetz stellt einen vorläufigen Höhepunkt staatlicher Überregulierung der Wirtschaft und Bevormundung der Bürger in Deutschland dar, ohne planbare Vorgaben und realistische Perspektiven für die Umsetzung. Mit der angekündigten Verabschiedung im September und Inkrafttreten im Januar 2024 wird die Planungsunsicherheit für alle Betroffenen weiter verschärft.

Beim Bau des LNG-Terminals in Mukran wurden die Beteiligten vor Ort und Fachgutachten übergangen, der Standort, Größe und Notwendigkeit des Terminals als alternativlos dargestellt. Damit wird die Urteilsfähigkeit der Betroffenen infrage gestellt, auf deren Kooperation der Gesetzgeber in der Umsetzung angewiesen ist.

Eine Reform zur Sterbehilfe forderte das Bundesverfassungsgericht. Dass dafür noch immer niemand einen tauglichen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, liegt offensichtlich an der Untragbarkeit der Forderung des höchsten Gerichts nach einem selbstbestimmten Sterben. Die selbstbestimmte Verfügung über das eigene Leben und Sterben bezeichnet es in seinem Urteil vom 26.02.2020 als unmittelbaren Ausdruck der der Menschenwürde innewohnenden Idee autonomer Persönlichkeitsentfaltung. Die Kritik an den jetzt vorliegenden Gesetzesentwürfen stellt vor allem die autonome Urteilsfähigkeit im Angesicht des eigenen Todes infrage und fordert Suizidprävention statt -hilfe.

Bei allen drei Vorhaben zeigt sich die Tendenz der Gesetzgebung, über den Menschen zu verfügen. Sterbehilfe bedeutet keine selbstbestimmte Freiheit zum Sterben, sondern im Ernstfall fremdbestimmte Nötigung, wie in Ländern wie Belgien und den Niederlanden zu beklagen. Das Heizungsgesetz ist ein Eingriff in das Eigentum der Bürger und die Eigenverantwortung der Wirtschaft. Und mit der Entscheidung über den LNG-Terminal wird über eine Region verfügt, die sich dennoch nicht ohnmächtig ergibt.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, stellte in seinem bekannten Dilemma fest:

„*Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.* Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Anderseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“[2]

Dass heute die Kirchen wieder in Religionskriege verfallen, muss niemand befürchten. Wir haben auch keinen säkularen Staat, sondern ein Neutralitätsgebot des Staates gegenüber Religionsausübung und Weltanschauungen. Es war jedoch das christliche Fundament der europäischen Kultur, aus dem die moralische Substanz des einzelnen und die Homogenität der Gesellschaft deren Freiheit ermöglicht und reguliert hat. Die Freiheit von den Geboten Gottes hingegen, die ein säkularer Staat propagiert, kann dieser weder moralisch füllen noch die Gesellschaft darin einen. Sie mündet zwangsläufig in der Knechtschaft einer autoritativen Regierung, die mittels Rechtszwang den selbstgesetzten, ideologischen Totalitätsanspruch durchzusetzen versucht.

Und sei es durch verkürzte Gesetzgebungsverfahren, die argumentative Debatten verhindern. Nach dem Scheitern der so vorangetriebenen Gesetze ist in der Sommerpause Zeit zum auf Reede liegen und den Kurs der Regierung zu überdenken: Geht es darum, die Würde und Freiheit der Menschen zu stärken und zu nutzen oder sie zu bevormunden und zu unterdrücken? Kein noch so alternativlos propagierter Zweck heiligt diese Mittel.

Wir wünschen allen Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung, dass sie über den Sommer ihren Anker im Fundament der Gebote Gottes werfen, um von da aus das Regierungsschiff weiter zu steuern, ohne dass es kentert.

Karin Heepen
Bundesvorsitzende Bündnis C

2 Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ In: Recht, Staat, Freiheit. 2006, S. 112 f.

Israel: Zusammenleben fördern statt Teilung

Am 29./30. März 2023 veranstaltete die The Hague Initiative for International Cooperation (thinc.) in Zusammenarbeit mit Christians for Israel und der Sallux ECPM Foundation die Konferenz „Israel auf dem Prüfstand“. Neben den völkerrechtlichen Grundlagen des Staates Israel wurde die Rolle der UN, des Menschenrechtsrates und der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt beleuchtet. Mit einer Strategie der Delegitimierung und Zermürbung soll Israel gezwungen werden, das Land zu teilen. Bündnis C fordert eine EU-Politik im Nahen Osten, die statt der Konfrontation und Separierung von Israelis und Palästinensern, die von Israel praktizierte, friedliche Koexistenz unterstützt.

In diesem Jahr feiert der jüdische Staat Israel seinen 75sten Geburtstag. Israel ist eine der erfolgreichsten Nationen der Welt, die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zu globaler Innovation, regionalem Wohlstand und Sicherheit, während in vielen Teilen der Region Chaos und Krieg herrschen. Und doch werden Israels Legitimität und Souveränität wie bei keinem anderen Land angegriffen. Internationales Recht wird täglich als Instrument zur Dämonisierung und Schwächung des Staates Israel eingesetzt.

Während der zweitägigen Konferenz „Israel auf dem Prüfstand“ präsentierten Juristen und Historiker aus Australien, Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland, der Schweiz, Israel und den USA stichhaltige Belege dafür, dass das UN-System seit den 1970er Jahren von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren gekapert wurde. Angetrieben von politisch, religiös und ideologisch motivierter Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Volk betreiben sie einen *Lawfare* gegen den Staat Israel: Mittels manipulativer Instrumentalisierung der Rhetorik und der Institutionen des Völkerrechts werden militärische und ideologische Ziele vorangetrieben und die ursprüngliche Absicht des Rechts untergraben.

Israel ist ein rechtmäßiger Staat unter internationalem Recht. Auf dieser Grundlage eröffnete Hauptsprecher Hillel Neuer, Direktor von UN-Watch, einer Menschenrechtsorganisation in Genf, die Tagung im Omniversum von Den Haag. Seit der UN-Deklaration 3379, die 1975 unter dem Einfluss der Sowjetunion verabschiedet wurde, folgt die UN dem Narrativ, dass Zionismus

eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung darstellt. Auch wenn die Resolution 1989 nach dem Zerfall des Ostblocks zurückgenommen wurde, hat die UN seither mehr Resolutionen gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen Israels verabschiedet als gegen alle anderen Staaten zusammen. Der Menschenrechtsrat der UN ist zu dreiviertel von diktatorischen Mitgliedsstaaten besetzt, die die schlimmsten Menschrechtsverletzungen begehen, mit Said Raad al-Hussein aus Jordanien als Hochkommissar an der Spitze. Hillel legte dar, wie diese Akteure den UN-Menschenrechtsrat, den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof manipulieren, um Israel zu dämonisieren und delegitimieren. Die meisten der israelfeindlichen Resolutionen werden von arabischen Staaten initiiert, andere stimmen zu wegen ihrer Abhängigkeit von arabischem Öl oder aus Angst vor Terroranschlägen. Von einem Anwalt für individuelle Menschenrechte wurde der Menschenrechtsrat auf diese Weise zu einem Anwalt für korrupte Regierungen. Zwei Drittel der europäischen Staaten folgen der antiisraelischen Agenda der UN.

Unter den mehr als 25 hochkarätigen Sprechern der Konferenz referierte Prof. Gregory Rose (University of Wollongong, Australia and thinc.) zum *Lawfare* gegen Israel. Dazu gehört die Verunglimpfung Israels als Apartheidstaat und die Unterstellung der Besatzung palästinensischen Landes. Apartheid ist im internationalen Recht nicht definiert und wird Israel willkürlich angeheftet. Amnesty International verlor viele Spon-

soren, weil die Medien ihre unbegründeten Apartheid-Berichte über Israel nicht mehr unterstützt haben. Eine radikalisierte Menschenrechtsbewegung richtet mittels aggressiver Sprache Fronten zwischen Juden und Arabern auf wie zur Zeit des Kalten Krieges und strebt mit einem judenfreien palästinensischen Staat ein tatsächliches Apartheid-Regime an. Die Stigmatisierung als Besatzer ignoriert die völkerrechtlichen Grundlagen des Staates Israel und dass Israel das Westjordanland 1967 von arabischen Besatzern zurückerobert hat, die es seit der Staatsgründung Israels 1948 besetzt hielten.

Über die leise Front des Zermürbungskrieges in Judäa und Samaria sprach Naomi Linder Khan, Direktorin der Internationalen Abteilung von Regavim, einem Think-tank für den Schutz von Israels Souveränität. Mit EU und UN-Mitteln werden auf israelischem Land in Judäa und Samaria tausende illegaler palästinensischer Bauten errichtet, um das Land zu besetzen. Mittels de facto Annexion, Umweltzerstörung, der Dezimierung archäologischer Stätten und Umschreibung der Geschichte soll israelisches Land sukzessive in palästinensisches Gebiet verkehrt werden. 2022 gab es etwa 81 000 illegale arabische Bauten auf von Israel verwaltetem Gebiet (Area C) gegenüber 30 000 im Jahr 2009, obwohl 70% der palästinensisch oder gemischt verwalteten Gebiete (Area A und B) nicht besiedelt sind. Es wurden für die Palästinensische Autonomiebehörde 245 Schulen in Area C gebaut, seit 2015 faktisch alle von der EU gesponsert. Sowohl die Schulen wie die illegalen Bauten stehen leer.

Mittels illegaler palästinensischer Siedlungen, der Beschlagnahmung landwirtschaftlicher Flächen sowie Landvermessung und -registrierung durch palästinensische Behörden wird die Bebauung von Area C von der EU und international gezielt betrieben. Es werden jüdische Siedlungen voneinander getrennt, Zufahrten blockiert und beschlagnahmt. Das Land wird für Müllkippen missbraucht, jüdische Weinberge und Olivenhaine werden immer wieder abgebrannt. Für Israel wertvolle archäologische Stätten werden überbaut, um deren Geschichte auszulöschen und die Verbindung des jüdischen Volkes zu Judäa und Samaria.

Johannes de Jong, Direktor der Sallux ECPM Foundation nahm schließlich andere Volksgruppen und Minderheiten im Nahen Osten in den Blick, die wie die Palästinenser eigene Völker sind, aber keinen eigenen Staat haben. Er untersuchte die Anwendung der Grundsätze der EU-Grundrechtecharta auf die Interaktion der EU mit ethnischen und religiösen Minderheiten wie Belutschen und Kurden und forderte die gleiche Anwendung internationalen Rechts für alle diese Volksgruppen ohne Ausnahmestatus für Palästinenser.

Palästinenser in Israel haben weit mehr Rechte und einen höheren Lebensstandard als die Menschen in den umliegenden arabischen Staaten. Viele Palästinenser im Westjordanland würden lieber unter israelischem Zivilrecht leben wie in Area C als unter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die EU fördert mit ihrer einseitig pro-palästinensischen Politik und der Finanzierung der illegalen Besetzung israelischen Landes keinen Frieden, sondern forciert die Konfrontation. Mit einer Strategie der Zermürbung soll Israel gezwungen werden, das Land zu teilen. Die israelische Regierung hat sich dem Druck von außen und innen weitgehend gebeugt und muss diese Entwicklung stoppen. Israels Oberster Gerichtshof urteilt in der Regel pro-palästinensisch, Landverkauf an Nichtmuslime wird verhindert und die Praxis von entsprechenden Urteilen israelischer Gerichte gestützt. Auch um diese antiisraelische Praxis zu stoppen, ist die Justizreform überfällig.

Die EU muss die Finanzierung der illegalen Besatzung israelischen Landes und die Forcierung der Teilung des Landes beenden. Es ist unsere Aufgabe, im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern dem Frieden zu dienen, statt Feindschaft anzuheizen. Der Oslo-Prozess ist seit 1993 gescheitert und eine Zwei-Staaten-Lösung eine nicht realisierbare Fiktion. 600 000 israelische Siedler werden Judäa, Samaria und Ost-Jerusalem weder wieder verlassen noch unter palästinensischer Herrschaft leben. Das erklärte Ziel der palästinensischen Führung ist nicht ein friedliches Zusammenleben mit ihren jüdischen Nachbarn, sondern ein judenfreies Land. Bündnis C unterstützt alle Initiativen, die in dem Konflikt Kooperation und Versöhnung praktizieren. Die Abraham-Abkommen zeigen, dass eine friedliche Zusammenarbeit in der Region möglich ist.

Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Sonneberg hat gewählt

Die Sonneberger Landratswahl war eine Protestwahl gegen die Politik der Bundesregierung und die Nicht-Opposition der CDU. Der Praxistest für den neuen AfD-Landrat wird zeigen, wie reale Kommunalpolitik seiner Partei aussieht. Bündnis C ruft dazu auf, das Ergebnis einer demokratischen Wahl zu akzeptieren und mit allen demokratisch gewählten Kräften zusammenzuarbeiten – zum Wohl aller Menschen in der Region.

Bündnis C ruft zur Besonnenheit auf angesichts der Wahl von Robert Sesselmann zum Sonneberger Landrat. Die Reaktionen von Politik und Medien blenden nicht nur die Ursachen in der aktuellen Bundespolitik aus für den Zulauf seiner Partei, sondern überschlagen sich in unsachlichen bis feindlichen Szenarien. Während der frühere Thüringer CDU-Vorsitzende Mike Mohring vor weiteren parteiübergreifenden Koalitionen gegen die AfD warnte, nur um diese zu verhindern, sieht Ralf Stegner, Mitglied des Bundestages für die SPD, einen weiteren Tag der Schande für Thüringen gekommen. Ein Tweet von Theresa Vollmer, einer Beamtin im Staatsdienst und CDU-Mitglied, vom 25. 06. 2023 fordert Neuwahlen sofort und zeigt beispielhaft ein abwesendes Demokratieverständnis: *„Aktueller denn je: Eine Impfpflicht hätte das katastrophale Ergebnis in #Sonneberg evtl verhindert. Dann hätte man den Ost-Deutschen mal wieder bewusst gemacht, dass der Staat über ihnen steht und die Wahl von @afd gefährlich ist. Staat darf sich nicht auf Nase rumtanzen lassen.“* (Fehler O-Ton im Tweet). Artikel 20 (2) Grundgesetz sagt dagegen: *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.*

Der Landrat wurde demokratisch gewählt. Ob man die Wahl gut oder schlecht findet, ist der freien Meinung jedes Bürgers überlassen. Die Wähler dafür zu beschimpfen, vergrößert den Zulauf zur AfD. Die Wahl war offensichtlich eine Abstimmung über die herrschende Bundespolitik mit den falschen Themen an den Bürgern vorbei. Der Sonnenberger Landrat kann keine anderen Gesetze zu Heizung, Inflation und Flüchtlingsströmen machen. Er kann und muss lokale und regionale Entscheidungen treffen und selbst dabei die Beschlüsse seines Kreistages, des Landtags und des Bundestags umsetzen. Der Praxistest wird zeigen, ob die AfD nur gegen die aktuelle Politik agiert oder eigene realpolitische Ideen hat. Und die Republik wird zuschauen, wie der neue Landrat sein Wahlkampfmotto „Gestalten statt verwalten“ umsetzt.

Deshalb eine neu anbrechende Nazi-Herrschaft in Thüringen auszurufen, ist weder richtig noch vernünftig, sondern wird damit schlimmstenfalls herbeigeredet. Daran machen sich Politik und Medien mit überzogenen Reaktionen mitschuldig. Wer den neuen Landrat bekämpft, statt das Beste für die Stadt zu suchen, schadet vor allem Sonneberg und dem Landkreis. Denn es geht nicht um ein ideologisches Image, sondern darum, den Menschen zu dienen und mit ihnen zusammen deren Probleme bestmöglich zu lösen. Daran muss sich der Sonneberger Landrat wie jeder andere Wahlsieger messen lassen. Und das muss der Fokus der Bundesregierung und des Bundestages sein, wenn die Koalitionsparteien samt CDU nicht noch mehr Wähler verlieren wollen.

Und wie es unter Demokraten üblich ist: Bündnis C gratuliert dem Wahlgewinner und wünscht Gottes Segen, zum Besten seines Landkreises.

(Pressemitteilung 26.06.2023)

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

O Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).

O Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln.

O Ich brauche ____ Stück vom Treppenfalz-Flyer.

O Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.

O Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.

O Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.

O Ich brauche ____ Stück vom Kurzprogramm.

O Ich brauche ____ Stück vom Flyer Finanzpolitik.

Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.

Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst

Kurzprogramm

Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?"

Name, Vorname: _____

Straße und Hausnummer:

_____

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen:

_____

Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten"

Liebe Mitglieder und Freunde,

„Achtet also genau darauf, wie ihr lebt: nicht wie unwissende, sondern wie weise Menschen. Nutzt die Zeit, so gut ihr könnt, denn wir leben in einer schlimmen Zeit.“ (Eph 5,15f)

Mit diesem Vers möchte ich Sie grüßen und gleichzeitig ermutigen.

Ja, wir leben in einer schlimmen Zeit, wo man manchmal denkt: Wo soll das noch hinführen? Und trotzdem haben wir eine Hoffnung, die wir weitergeben können. Lassen Sie uns mehr darauf achten, wie wir mit Anderen umgehen und welche Worte wir verwenden. Durch die vielen schlechten Nachrichten, die täglich auf uns einprasseln, ist man schnell geneigt, sich mit in den Strudel hineinziehen zu lassen.

Die Welt um uns herum ist voller Hoffnungslosigkeit, hat keinen Halt und sucht nach Antworten. Die Menschen werden immer unzufriedener mit der jetzigen Politik und möchten Lösungen haben für die Probleme, die in unserem Land herrschen. Doch immer wieder werden sie enttäuscht.

Gerade da ist es unsere Aufgabe als christliche Partei, nicht als Unwissende durch die Gegend zu laufen, sondern als weise Menschen. Wir haben die Möglichkeit, mit der Hilfe Gottes Lösungen anzubieten, auf die Stimme des Heiligen Geistes zu hören und danach zu handeln. Es sind in den letzten Monaten gute Konzepte entstanden, die es gilt, an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Menschen sind offen für Politik, die auf guten Werten gebaut ist, und gerade hier haben wir als Christen die Möglichkeit, unsere Position einzunehmen.

Wir brauchen uns nicht zu verstecken, denn wir haben einen guten Gott, der hinter uns steht und uns führt und Weisung gibt. So lassen Sie uns die Zeit nutzen, so gut es geht, Hoffnungsträger sein und Bündnis C bekannter machen.

Die Europawahl steht im nächsten Jahr an und wir möchten als Partei in ganz Deutschland antreten. Dafür benötigen wir jetzt Ihre Hilfe und Unterschrift, damit wir auf den Wahlzetteln erscheinen. Als Christen haben wir in der Welt eine Aufgabe, auch in Europa, und es ist wichtig, dass bekennende Christen ins Europaparlament einziehen.

Wir freuen uns über jede Unterstützung und Gebet. Alles ist wertvoll und hilft. Fragen wir Gott immer wieder: Wo ist mein Platz in Bündnis C? Wie kann ich die Partei in meiner Umgebung bekannt machen? Es gibt in der Bundesgeschäftsstelle Prospekte, die gerne angefordert werden können, und anderes Material zum Verteilen.

Ich danke jedem Mitglied und Interessenten, der Bündnis C auf dem Herzen hat, damit wir gemeinsam eine gute Politik machen, die auf dem Fundament der Bibel gegründet ist. Jetzt ist die Zeit – lassen Sie uns diese gut und weise nutzen.

Es grüßt Sie herzlich

Verena Thümmel
Beisitzerin im Bundesvorstand

NACHRUF

Wenn du durch Wasser gehst, will ich bei dir sein, und wenn du durch Ströme gehst, sollen sie dich nicht ersäufen. Wenn du ins Feuer gehst, wirst du nicht brennen, und die Flamme wird dich nicht versengen. Jesaja 43,2

Am 24.08.2023 starb für uns alle völlig überraschend unser Weggefährte, Freund und Bruder im Herrn

Christian Kast

Christian wurde im Alter 37 Jahren vom HERRN, unserem Gott zu sich gerufen. Er hat den Kreisverband Darmstadt-Dieburg geleitet und war Beisitzer in unserem Landesvorstand. Voller Energie, guter Laune und Vertrauen auf Gott war er mit uns für Bündnis C unterwegs.

Er hinterlässt seine Frau und eine siebenjährige Tochter.

Im Wissen, dass er uns vorausgegangen ist, und im Vertrauen darauf, dass wir uns wiedersehen werden.

Der Landesvorstand Bündnis C – Christen für Deutschland
Landesverband Hessen

bündnis C

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 29 – 2023/3

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.
Abbildungen auf Seite 1: Andrea Cairone/Unsplash; S. 8: freepik; telegram.org, facebook.com, twitter.com, instagram.com, youtube.com; S. 15: ECPM, www.ecpm.info; S.16-19: Christine Widiger; S. 21: www.kcf.de; S. 25: Richard Schütze; S. 26-29: Freepik; S. 28: GeekClick (Europafl.); S. 36, 39, 40, 42: Sallux; S. 38: Toshiba company; S. 48: Gemeinfrei

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.

bündnis C

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
Telefon: 0721-49 55 96
E-Mail: info@buendnis-c.de
Internet: www.buendnis-c.de

Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX